

Benjamin Ziemann

## Die Zukunft der Republik?

Das Reichsbanner  
Schwarz-Rot-Gold 1924–1933



Reihe  
**Gesprächskreis Geschichte**  
Heft 91

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

Benjamin Ziemann

## **Die Zukunft der Republik?**

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924 –1933

---

Heft 91

Friedrich-Ebert-Stiftung

Archiv der sozialen Demokratie

Herausgegeben von Anja Kruke  
Archiv der sozialen Demokratie

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen  
Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-Mail: [Doris.Fassbender@fes.de](mailto:Doris.Fassbender@fes.de)  
<<http://library.fes.de/history/pub-history.html>>

© 2011 by Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bonn

Redaktion:  
Ursula Bitzegeio

Gestaltung:  
Annika Schaefer

Umschlag:  
Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Herstellung:  
Katja Ulanowski

Druck:  
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2011

ISBN 978-3-86872-690-9  
ISSN 0941-6862

## Inhalt

Vorwort..... 5

Benjamin Ziemann

Die Zukunft der Republik?

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924 –1933 ..... 7

I. Ist Weimar gescheitert? .....8  
II. Die Gründung des Reichsbanners .....13  
III. Republikanische Mobilisierung..... 16  
IV. Ein sozialdemokratischer Verband.....21  
V. Ziele und Aktionsfelder des Reichsbanners.....25  
VI. Zukunftserwartungen und Vergangenheitsorientierung .....32  
VII. Veteranenverband der sozialistischen Arbeiter .....35  
VIII. Ambivalenzen des Republiksschutzes.....41  
IX. Das Reichsbanner – ein Männerbund? .....44  
X. Formen und Grenzen der Militarisierung.....49  
XI. Die Feier des Verfassungstags .....54  
XII. Der 9. November – ein Feiertag? .....59  
XIII. Begrenzte Handlungsspielräume 1932/1933 .....62  
XIV. Volksfront als Alternative? .....64  
XV. Das Reichsbanner und unser Geschichtsbild der Weimarer Republik .....68

Zum Autor ..... 72



## Vorwort

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist für das Archiv der sozialen Demokratie von besonderer Bedeutung. Obgleich überparteilich gegründet, versammelte der Bund vornehmlich Männer aus dem sozialdemokratischen Arbeitermilieu, herausragende Sozialdemokraten wie Theodor Haubach, Julius Leber, Paul Löbe, Erich Ollenhauer, Kurt Schumacher und Otto Wels u.a. zählten zu den Mitgliedern. Uniformierung, bündisches und militärisches Auftreten ziviler Gruppen wurden zur Zeit der Weimarer Republik von weiten Teilen der Gesellschaft akzeptiert. Mit dem Namenszusatz „Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer“ sollten all jene Soldaten des Ersten Weltkrieges integriert werden, die auf dem Boden der Weimarer Republik standen. In der traumatisierten Nachkriegsgesellschaft Weimars hatte eine republikanische Vereinigung, die den Einsatz der Frontsoldaten würdigte, einen besonderen Stellenwert.

Geleitet von der Frage: „Hatte die Weimarer Republik eine Zukunft? War es möglich, die demokratische Verfassung in ein wirkmächtiges politisches Symbol umzumünzen?“ zeichnet der Historiker Benjamin Ziemann nach, wie die Mitglieder des Reichsbanners republikanische Ideen symbolisch umzusetzen versuchten, in Aufmärschen, Versammlungen und politischen Ritualen. Dabei wird die Spannung zwischen den in die Zukunft weisenden politischen Zielen und dem Rückblick auf die

verstörende Vergangenheit des Ersten Weltkrieges deutlich, mit der sich die Mitglieder des Reichsbanners intensiv beschäftigten. Denn für viele seiner Mitglieder war das Reichsbanner in erster Linie ein Veteranenverband, der ganz bewusst als „Bund republikanischer Kriegsteilnehmer“ in der Öffentlichkeit auftrat. Aus dieser Spannung zwischen Vergangenheit und Zukunft erwachsen Chancen, aber auch Probleme in der öffentlichen Inszenierung demokratischer Politik. Mit dieser doppelten Herangehensweise eröffnen sich zugleich neue, wichtige Perspektiven auf die Geschichte der ersten deutschen Republik.

Die Broschüre enthält die erweiterte Fassung eines Vortrags, den der Autor anlässlich der Finissage der Ausstellung „Für eine starke Republik! Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924-1933“ am 22. Februar 2011 im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung gehalten hat.

*Dr. Anja Kruke*

Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie

Benjamin Ziemann

## **Die Zukunft der Republik?**

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924 –1933

Hatte die Weimarer Republik eine Zukunft? Oder startete das politische Experiment der ersten deutschen Demokratie nicht vielmehr unter schlechten Vorzeichen und mit substanziellen strukturellen Belastungen, welche die Legitimität der Republik von Beginn an untergruben? Diese Frage ist seit den 1950er Jahren oft gestellt und zumeist im skeptischen, negativen Sinne beantwortet worden. In ihrer 2008 erschienenen Gesamtdarstellung bezeichnet Ursula Büttner Weimar in diesem Sinne als eine „überforderte und missbrauchte Demokratie“. Sie erinnert an die aus dem konstitutionellen System des Kaiserreichs rührenden „Vorbelastungen“, welche die „Immobilität der Parteien“ begünstigte, die weniger nach parlamentarischer Regierungsverantwortung strebten, denn nach innerer Stabilisierung des sie jeweils stützenden Sozialmilieus. Die zahlreichen inneren und äußeren Hindernisse und Krisen, welche die Stabilität von Ökonomie und politischem System untergruben, müssen hier nicht weiter erläutert werden. Zu ihnen zählt nicht zuletzt die „Weigerung, den schlimmen Kriegsausgang zu akzeptieren“,

Büttner zufolge eine der „größten Belastungen“ der Republik.<sup>1</sup>

Doch Weimar war nicht nur eine durch Krisen und aggressive politische Gegner „belagerte Civitas“.<sup>2</sup> Erschwerend kam nach Meinung mancher Historiker hinzu, dass es dem republikanischen System auch an populärer Unterstützung und an effektiver und gelungener symbolischer Integration mangelte. In diesem Sinne hat Horst Möller noch unlängst formuliert, dass „das Erstaunliche für große Teile der deutschen Bevölkerung“ im Jahr 1919 gewesen sei, dass es überhaupt in nennenswertem Umfang Republikaner gab.“ Denn zu den „politischen Selbstverständlichkeiten“ der Zeit zählte laut Möller: „Wer im Kaiserreich sozialisiert worden war, war normalerweise Monarchist“.<sup>3</sup>

## I. Ist Weimar gescheitert?

Ein Überschuss an Krisen und ein Mangel an politischer Legitimität und symbolischer Integration bezeichnen also

---

<sup>1</sup> Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933, Stuttgart 2008, Zitate S. 498f., 501.

<sup>2</sup> Michael Stürmer (Hg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein/Ts. 1985.

<sup>3</sup> Horst Möller, Friedrich Meinecke, Gustav Stresemann und Thomas Mann – drei Wege in die Weimarer Republik, in: Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hg.), Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft, Stuttgart 2008, S. 257-274, hier S. 260.

die Pole, zwischen denen sich das uns gewohnte Bild der Weimarer Republik entfaltet hat. Dieses traditionelle Narrativ einer Krise in Permanenz, welches viele, in gewisser Hinsicht zu viele Gründe für das Scheitern der Republik anzuführen weiß, ist aber seit geraumer Zeit selbst in die Kritik geraten. „Did Weimar fail?“, fragte der amerikanische Historiker Peter Fritzsche bereits 1996 in einem vielbeachteten Aufsatz.<sup>4</sup> Damit meinte Fritzsche nicht etwa, dass diese Frage nun mit „nein“ zu beantworten sei. Er zielte vielmehr darauf ab, andere Fragen an Weimar zu richten und dabei das Augenmerk auf die pluralistische Offenheit und Vielgestaltigkeit Weimars zu legen. Diese lasse sich nicht einfach auf eine Geschichte des politischen Scheiterns zuspitzen. Für Fritzsche war die Republik ein Experiment, das zahllosen Gruppen und Strömungen eine historisch einzigartige Plattform bot, um neue Lebensweisen, Geselligkeitsmuster und Formen der Partizipation in einer modernen Gesellschaft auszuprobieren. Damit war die Frage nach dem Scheitern und der Zerstörung der Republik nicht abschließend beantwortet. Sie stellte sich fortan nur in neuer Weise, nämlich nicht mehr nur als Frage nach materiellen Interessenskonflikten und möglichen Kompromissen bezogen auf die Hinterlassenschaft der Hyperinflation von 1922/23, den Streit um die 1927 geschaffene Arbeitslosenversicherung oder überhaupt das komplexe und strittige Feld der Sozialpolitik. Mindestens ebenso wichtig waren für Fritz-

---

<sup>4</sup> Peter Fritzsche, *Did Weimar Fail?*, in: *Journal of Modern History* 68 (1996), S. 629-656.

sche Themen wie die symbolische Politik einzelner Gruppen und die symbolische Integration von Weimar im Sinne eines politischen Gemeinwesens. In einer solchen Perspektive stellte sich dann beispielweise die Frage, inwiefern die konkurrierenden politischen Lager eine symbolische Orientierung an der Nation teilten, die damit auch die Gegensätze zwischen Befürwortern und Gegner der Republik überwölbte.

Eine Reihe jüngerer Historikerinnen und Historiker sind Fritzsches Beispiel gefolgt und haben begonnen, die historische Offenheit der Republik von Weimar und die Kontingenz ihrer Krisenhaftigkeit zu untersuchen. Dazu gehört zum einen, die ursprüngliche Bedeutung des Wortes „Krisis“, gedacht als Moment der Entscheidung, ernst zu nehmen. Werden die Krisendiskurse der 1920er Jahre analysiert und historisiert, so wird deutlich, dass die Semantik des Begriffs „Krise“ nicht notwendigerweise auf einen unaufhaltsamen Niedergang verwiesen, sondern oft eher eine Wandlungsfähigkeit und Formbarkeit der Gesellschaft impliziert hat.<sup>5</sup> Zum anderen ist die Frage nach der Zukunft der Republik in einer neuen Form zu stellen: der Blick richtet sich dann nicht mehr auf die „künftige Gegenwart“. Vielmehr gilt es, die Jahre 1919 oder 1924 jeweils als einen „Möglichkeitshorizont und Gestaltungsraum“ und damit im Sinne einer *gegenwärtig-*

---

<sup>5</sup> Vgl. die Beiträge in Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hg.), Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt/M. New York 2005.

*gen Zukunft* historisch zu verorten. Auf diese Weise lässt sich der Erwartungshorizont, vor dem politisches Handeln in Weimar erst seine Gestalt gewann, angemessen verstehen. In seiner außerordentlich bemerkenswerten Studie zur „Zukunft der Weimarer Republik“, auf die auch der Titel dieses Beitrags anspielt, hat Rüdiger Graf dies auf beispielhafte Art und Weise getan. Er konnte dabei die quer durch die politischen Lager vorhandene Fülle optimistischer Zukunftsaneignungen von 1918 bis 1933 herausarbeiten.<sup>6</sup>

Die von Historikern oft als selbstverständliches Faktum behandelte „Krise“ der Weimarer Republik war nach Graf, auch und zunächst einmal ein von den Gegnern der Republik entfaltetes Narrativ, das den Zwang zu radikalen (und das hieß stets: autoritären) Alternativen sinnfällig machen sollte. Krise war eine semantische Form, bevor sie später in den Händen vieler Historikerinnen und Historikern zu einer unhinterfragten Tatsache gerann. Ein dritter methodischer Schritt in der historiografischen Neuvermessung Weimars lenkt den Blick auf die performative Seite von Politik, also darauf, wie in der öffentlichen Darstellung von Symbolen und Dramaturgie von Ritualen deren Sinn aktiv entfaltet worden ist. Damit wird zugleich die oft vertretene These in Frage gestellt, dass es Weimar per se an sinnfälligen Ritualen und In-

---

<sup>6</sup> Rüdiger Graf, *Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918-1933*, München 2008, S. 13.

szenierungen, welche die tragenden Ideen der Republik zum Ausdruck brachten und damit sinnlich greifbar machten, gemangelt habe.<sup>7</sup>

Es ist unmittelbar einleuchtend, warum diese hier ganz knapp skizzierten methodischen Gesichtspunkte Relevanz für die Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold haben: Stärker als bei jeder anderen Massenorganisation in den 1920er Jahren war die Sicherung und Stärkung der Republik das eigentliche Anliegen des Reichsbanners und seiner Mitglieder. Wenn die Republik eine Zukunft haben sollte, im Sinne eines in der Gegenwart umrissenen Möglichkeitsraums, so musste diese Orientierung an der Zukunft in der Sprache und politischen Praxis des republikanischen Verbandes ihren Ausdruck finden. Aus diesem Grund sollen im Folgenden nicht nur die wichtigsten Aktionsfelder des Reichsbanners umrissen werden. Vielmehr richtet sich besonderes Augenmerk auch auf die politische Sprache des Verbandes. Es wird die eigentümliche Spannung zwischen verbaler Zukunftsorientierung und kultureller Symbolisierung der Vergangenheit des Ersten Weltkrieges herausgearbeitet, die das Reichsbanner durchzog.

---

<sup>7</sup> Zu diesen und anderen Forschungstendenzen vgl. im Überblick Benjamin Ziemann, *Weimar was Weimar. Politics, Culture and the Emplotment of the German Republic*, in: *German History* 28 (2010), S. 542-571; vgl. auch die Literaturberichte von Björn Hofmeister, *Kultur- und Sozialgeschichte der Politik in der Weimarer Republik 1918 bis 1933*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 445-501; Nadine Rossol, *Chancen der Weimarer Republik*, in: *Neue Politische Literatur* 55 (2010), S. 393-419.

## II. Die Gründung des Reichsbanners

Als das Reichsbanner im Februar 1924 gegründet wurde, konnte es bereits auf das Vorbild und die Initiative einer Reihe regionaler und lokaler Zusammenschlüsse von Sozialdemokraten zurückgreifen, die sich seit 1921 vielerorts gebildet hatten. Sie waren nicht zuletzt eine Reaktion auf die im Kapp-Putsch deutlich gewordene Notwendigkeit und Möglichkeit, die sozialistische Arbeiterschaft zur Abwehr von Umsturzversuchen der Rechten zusammenzuschließen. Bereits die Namen dieser Gründungen deuten an, in welchem Kontext und mit welcher Stoßrichtung sie operierten. Im schlesischen Liegnitz hieß die von Mitgliedern der örtlichen freien Gewerkschaften ca. 1922 begründete Vereinigung der „Neue Stahlhelm. Bund republikanischer Frontkämpfer“. Sie fand sich zu diesem Zeitpunkt konkret zusammen, um den störungsfreien Ablauf einer Versammlung mit dem Pazifisten und Historiker Ludwig Quidde zu gewährleisten. Dies verweist gleichzeitig auf die Präsenz des nationalistischen Wehrverbandes „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“, der Wahlversammlungen der SPD störte und die Landarbeiter in den umliegenden Gemeinden drangsalierte. In der Lausitz war 1922 ein „Republikanischer Frontkämpferbund“ aus der Taufe gehoben worden, da auch hier republikanische Versammlungen nicht mehr störungsfrei abgehalten werden konnten. Ursprünglich von SPD-Mitgliedern begründet, stand der Verband jedoch allen republikanischen Kriegsveteranen offen. Ei-

nen Verband gleichen Namens gab es seit Ende November 1923 ebenfalls in Ostpreußen.<sup>8</sup> Die „Sicherheitsabteilung“ der Münchener SPD existierte bereits seit November 1921. Sie war auch als *Auergarde* bekannt, nach dem ebenso energischen wie oft selbstherrlich handelnden Landesvorsitzenden der SPD und Mitglied des bayerischen Landtags, Erhard Auer.<sup>9</sup> Unter dem Motto „Keine Gewalt der Willkür, alle Gewalt dem Recht, alles Recht dem Volke!“ übernahm sie den Schutz sozialdemokratischer Versammlungen in München.<sup>10</sup>

In Magdeburg schließlich trieben führende Sozialdemokraten seit 1922 die Initiative zur Gründung einer „Republikanischen Notwehr“ voran. Diese marschierte erstmals am 15. April 1923 in einer Stärke von 1500 Mann durch die Straßen der Stadt und nahm vor dem

---

8 Franz Osterroth, „Der schlesische ‚Neue Stahlhelm‘“ und „Vorläufer“, o.D., beides in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD), NL Franz Osterroth, Mappe 138; vgl. die auch für viele andere Aspekte der Institutionengeschichte des Reichsbanners immer noch unverzichtbare Studie von Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1966, S.29-39. Als neuere umfassende Lokal- und Regionalstudien sind hervorzuheben: Günther Gerstenberg, *Freiheit! Sozialdemokratischer Selbstschutz im München der zwanziger und frühen dreißiger Jahre*, 2 Bde., Andechs 1997; Carsten Voigt, *Kampfbünde der Arbeiterbewegung. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924-1933*, Köln 2009.

<sup>9</sup> Gerstenberg, *Freiheit!*, Bd. 1, S. 75ff., 87-97.

<sup>10</sup> Vgl. das undatierte Plakat in: Staatsarchiv München (StAM), Pol.Dir. München 6886.

Dom eine Erklärung des Oberpräsidenten der preußischen Provinz Sachsen, Otto Hörsing, entgegen. Dieser 15. April kann in gewisser Weise als Startschuss für die Gründung des Reichsbanners gelten. Denn eine Gruppe Magdeburger Sozialdemokraten um Hörsing, Karl Höltermann und Horst Baerensprung, den späteren Polizeipräsidenten der Stadt, war es, die gegen manche Widerstände aus den Reihen ihrer Partei die Konzeption des Reichsbanners als überparteilicher Verband zum Schutz und zur aktiven Unterstützung der Republik entwickelte. Dabei konnte auf Kontakte zu namhaften entschiedenen Republikanern innerhalb des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei zurückgegriffen werden. Sie teilten mit den Magdeburger Sozialdemokraten die Auffassung, dass die akute Bedrohung der Republik von rechts, wie im Hitler-Putsch deutlich geworden, und das aggressive Auftreten rechter Wehrverbände wie Stahlhelm, Jungdeutscher Orden etc. gegen alle republikanischen Parteien und Gruppen eine Sammlung der Kräfte notwendig mache.<sup>11</sup>

---

<sup>11</sup> Vgl. Rohe, Reichsbanner, S. 39-43, 44-80; für die korrekte Datierung des Aufmarsches in Magdeburg vgl. Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, S. 210f.

### III. Republikanische Mobilisierung

Es bleibt auch im Nachhinein erstaunlich, mit welcher Geschwindigkeit sich das in Magdeburg am 22. Februar 1924 gegründete Reichsbanner in beinahe allen Regionen des Reichs ausbreitete. Im Frühsommer 1924 kam es reichsweit zur Gründung von Ortsvereinen, die den in Gaue, Kreise und Bezirke gegliederten Organisationsaufbau unterfütterten und die Aktivitäten der Mitglieder im lokalen Umfeld bündelten. Rein organisatorisch gesehen, ist das Reichsbanner eine der großen Erfolgsgeschichten der Weimarer Republik. Denn bereits im August 1924 meldete die Magdeburger Zentrale des Bundes eine Zahl von 5618 Ortsgruppen und 1,26 Millionen Mitgliedern.<sup>12</sup> Für 1925 nannte die Bundeszentrale dann die Zahl von 2,75 oder gar 3 Millionen Mitgliedern.<sup>13</sup>

Solche Zahlen müssen kritisch hinterfragt werden. Sie zeugen mehr von der in allen Wehrverbänden und politischen Organisationen der Zeit zu findenden Konkurrenz um massenhaften Zulauf denn von tatsächlichen Mobilisierungserfolgen. Der rechtsnationale „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“ wies seine Funktionäre 1928 an, die Stärke des Reichsbanners vor Ort zu melden, da dieses immer noch von den „Millionen“ spreche, die es vertrete. Es gelte aber zu „beweisen“, dass diese Zahlen maßlos

---

<sup>12</sup> Helga Gotschlich, *Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold*, Berlin 1987, S. 32.

<sup>13</sup> Ebd., S. 33.

übertrieben“ seien.<sup>14</sup> Der aus dem *Hofgeismarer Kreis* der Jungsozialisten kommende Franz Osterroth, seit März 1928 einer der in Magdeburg tätigen Redakteure der Reichsbannerzeitung, wies in seinen Lebenserinnerungen darauf hin, dass viele Angaben über die Mitglieder des Reichsbanners tatsächlich „buchstäblich erfundene Zahlen“ gewesen seien. Er vermutete, dass das Reichsbanner „kaum mehr“ als eine Million Mitglieder gezählt habe, und dass diese Zahl in den letzten Jahren der Republik sogar auf etwa 500.000 gesunken sei. Osterroth verwies für diese Schätzung auf die Nummerierung der ausgegebenen Mitgliedskarten, bei denen nie eine Zahl von über einer Million erreicht worden wäre.<sup>15</sup> Während die erste Angabe – nicht zuletzt angesichts des Mangels an anderen zuverlässigen Daten – plausibel erscheint, ist die zweite vielleicht etwas zu pessimistisch. Denn zumindest aus den Überlieferungen der sächsischen Gaue geht hervor, dass der republikanische Verband dort seit 1929 die Zahl seiner Mitglieder nochmals steigern konnte. Seit 1930 stieg sie sogar „explosionsartig“ an. Viele Ortsgruppen im Gau Leipzig verdrei- und vervierfachten ihre

---

<sup>14</sup> Stahlhelm Bundesleitung 16.5.1928 an Landesverbände Mecklenburg, Niedersachsen und Westfalen: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch), R 72, 289, Bl. 168.

<sup>15</sup> Franz Osterroth, *Erinnerungen 1900-1934*, AdsD, NL Franz Osterroth, Box 1, S. 187. Zu Osterroth im Kontext der Jungsozialisten vgl. Stefan Vogt, *Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie: Die sozialdemokratische Junge Rechte, 1918–1945*, Bonn 2006, S. 83,87,98; vgl. auch seine eigene Darstellung in Franz Osterroth, *Der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 4 (1964), S. 525-569.

Mitgliederzahl bis 1933. Ähnliches gilt für den Dresdener Raum und den Gau Chemnitz. Aber selbst dann blieb die Mitgliederzahl des Reichsbanners in dieser traditionellen Hochburg der Sozialdemokratie allerdings noch unter jener der Partei. Auffällig ist, dass in einer Reihe von sächsischen Klein- und Provinzstädten das Reichsbanner mehr Mitglieder zählte als die SPD, ein Phänomen, das so auch in Bayern zu beobachten war.<sup>16</sup> Dies lässt vermuten, dass überzeugte Republikaner in der Provinz sich zu geselligen und politischen Zwecken gerade dort im Reichsbanner zusammenschlossen, wo sie nicht auf den organisatorischen Unterbau der sozialistischen Arbeiterbewegung zurückgreifen konnten.

Nominell war das Reichsbanner überparteilich und basierte auf der Unterstützung durch die SPD, die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) und das katholische Zentrum. Namhafte Persönlichkeiten aus den Reihen der DDP waren im 71 Köpfe zählenden Reichsausschuss des Bundes vertreten. Zu ihnen gehörten etwa der badische Demokrat Ludwig Haas und der General a.D. Berthold von Deimling, einer der populärsten Redner des Reichsbanners, der oft vor einer in die Tausende

---

<sup>16</sup> Voigt, *Kampfbünde*, S. 129-131, 446-450; für Hannover vgl. Donna Harsch, *German Social Democracy and the Rise of Nazism*, Chapel Hill/London 1993, S. 104, 285; Anton Großmann, *Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand am Beispiel ausgewählter Ortsvereine der SPD*, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. V, München/Wien 1983, S. 433-540, hier S. 497, 499.

gehende Zuhörerschaft sprach. Seine Popularität in den Reihen der Republikaner führte allerdings dazu, dass die rechtskonservative Presse sich auf den „Papphalmgeneral“ einschoss und Deimling als „schwarzrotgoldener Ludendorff“ verunglimpfte.<sup>17</sup> Reichskanzler a.D. Constantin Fehrenbach und Dr. Heinrich Krone, der Geschäftsführer der *Windthorstbünde*, vertraten das Zentrum im Reichsausschuss.<sup>18</sup> De facto schlossen sich aber nur wenige Vertreter des liberalen Bürgertums dem Reichsbanner an, auch wenn in den Führungen der Gauen und Ortsgruppen in der Regel ein Sitz für Vertreter der bürgerlichen Parteien reserviert blieb. In manchen Ortsgruppen traten diese bürgerlichen Vorstandsmitglieder allerdings aus dem Reichsbanner aus, als die Zahl der gewaltsamen Zusammenstöße mit den Sturmtruppen der nationalsozialistischen SA seit Ende der 1920er Jahre rapide zunahm.<sup>19</sup> Mitglieder aus den Reihen des Zentrums zählte der Verband nur in jenen Industrievierteln in nennenswerter Höhe, in denen die christlichen Gewerk-

---

<sup>17</sup> Zu Haas vgl. Ludwig Luckemeyer, Ludwig Haas als Reichstagsabgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) und der Deutschen Demokratischen Partei. Zum 100. Geburtstag des bedeutenden Staatsmannes der Weimarer Republik, in: Günter Schulz (Hg.), *Kritische Solidarität. Betrachtungen zum deutsch-jüdischen Selbstverständnis. Für Max Plaut zum 70. Geburtstag*, Bremen 1971, S. 119-174, hier S. 142-172. Zu Deimling vgl. Kirsten Zirkel, *Vom Militaristen zum Pazifisten: General Berthold von Deimling – eine politische Biographie*, Essen 2008, S. 166-190, hier S. 174.

<sup>18</sup> Rohe, *Reichsbanner*, S. 69-71.

<sup>19</sup> Vgl. Jürgen Weber, *Das Reichsbanner im Norden. Ein Bollwerk der Demokratie?* In: *Demokratische Geschichte* 20 (2009), S. 127-146, S. 130.

schaften ihre Schwerpunkte hatten, also vor allem im Rheinland, dem Ruhrgebiet und in Oberschlesien. Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung traten offen für das Reichsbanner ein, während die Bayerische Volkspartei und der rechte Zentrumsflügel offen gegen den Verband Stellung bezogen.<sup>20</sup>



Massenkundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Weimarer Republik, o.J.

Foto: AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung.

---

<sup>20</sup> Vgl. z.B. Jörg Kreutz, „Die Fahne der Republik ist Schwarz-Rot-Gold“. Die Anfänge des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Rhein-Neckar-Region (1924-1927), in: Martin Krauss/Ulrich Nieß (Hg.) Stadt, Land, Heimat. Beiträge zur Geschichte der Metropolregion Rhein-Neckar im Industriezeitalter, Ubstadt-Weiher 2011, S. 239-268, hier S. 256f.

#### IV. Ein sozialdemokratischer Verband

Insgesamt zählten demnach zunächst etwa 85 Prozent, ab Anfang der 1930er Jahre sicherlich mehr als 90 Prozent der Mitglieder des Reichsbanners zu den Anhängern, Wählern oder Sympathisanten der SPD.<sup>21</sup> Dieser nochmalige Anstieg hängt nicht zuletzt mit Bestrebungen innerhalb des Verbandes zusammen, sich als Reaktion auf den Aufstieg der NSDAP noch enger an die SPD anzulehnen. Seit dem Frühsommer 1932 gab es Konflikte um den langjährigen Bundesvorsitzenden Otto Hörsing, der sich in der Führungsspitze durch eigenwillige Aktionen, unter anderem die Gründung einer eigenen Zeitung, isoliert hatte. Nach einer längeren Beurlaubung legte Hörsing Anfang Juli 1932 den Bundesvorsitz nieder, im September wurde er gar aus dem Reichsbanner ausgeschlossen. Eine von ihm gegründete „Sozialrepublikanische Partei Deutschlands“ blieb bedeutungslos.<sup>22</sup> Auffällig ist, dass eine Reihe von Ortsgruppen im Gefolge dieser Konflikte nicht nur alle Anhänger Hörsings ausschlossen. Auch die verbliebenen Mitglieder von Zentrum und Deutscher Staatspartei – einer im Juli 1930 gegründeten Partei, die aus der Fusion der Volksnationalen Reichsvereinigung mit den versprengten Resten der DDP entstanden war – wurden ausgeschlossen. Am Ende der Republik war das Reichsbanner demnach, wie ein Poli-

---

<sup>21</sup> Gotschlich, *Zwischen Kampf und Kapitulation*, S. 33f.

<sup>22</sup> Rohe, *Reichsbanner*, S. 379-391.

zeibericht formulierte, „eine fast reine SPD-Organisation“.<sup>23</sup>

Sozial gesehen, entstammten die Mitglieder des Reichsbanners ganz überwiegend der Arbeiterschaft. Der Verband war damit fest im sozialdemokratischen Arbeitermilieu verankert und selbst eine der tragenden Säulen dieses Milieus. Dies bedeutet aber nicht, dass im Umkehrschluss alle Mitglieder des Reichsbanners auch solche der SPD oder der sozialdemokratischen freien Gewerkschaften waren. In der Ortsgruppe Elberfeld, welche die Parteizugehörigkeit ihrer Mitglieder Ende 1930 offenlegte, hatten 59 Prozent ein Parteibuch der SPD, während nicht weniger als 39 Prozent parteilos waren. Der Anteil der Doppelmitgliedschaften in den freien Gewerkschaften lag etwas höher. Das Reichsbanner konnte somit zu Recht darauf hinweisen, dass es keine direkte Konkurrenz für die SPD darstellte, sondern der republikanischen Sache vielmehr neue, bis dahin noch unorganisierte Mitglieder zuführte.<sup>24</sup>

Unbestritten ist, dass das Reichsbanner auf Anhieb zur stärksten Kraft im Feld der sogenannten Wehrverbände

---

<sup>23</sup> Detlef Schmiechen-Ackermann, *Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen*, Bonn 1998, Zitat S. 400.

<sup>24</sup> David Magnus Mintert, „Sturmtrupp der Deutschen Republik“. *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Wuppertal*, Wuppertal 2002, S. 29-31; vgl. Voigt, *Kampfbünde*, S. 137.

avancierte, die ihre Mitglieder in der einen oder anderen Form zu öffentlichen Aufmärschen auf den Straßen der Städte mobilisierten. *Der Stahlhelm*, stärkste Kraft im Lager der rechten, republikfeindlichen Wehrverbände, erreichte seine maximale Größe 1929/1930. Selbst zu diesem Zeitpunkt dürfte er allerdings nicht mehr als 350.000 bis 400.000 Mitglieder gezählt haben. In den Jahren zuvor, also seit der Mitte der 1920er Jahre, hatte diese Zahl zwischen 200.000 und 300.000 geschwankt. Der von Arthur Mahraun 1920 als überparteiliche Sammlungsbeziehung des städtischen Bürgertums begründete *Jungdeutsche Orden*, mit der Betonung des Führerprinzips, der Propagierung eines aggressiven Antisemitismus und ideologisch einer der Vorläufer der 1925 wiedergegründeten NSDAP, zählte ab Mitte der 1920er Jahre bestenfalls noch ca. 100.000 Mitglieder. Seit Anfang der 1930er Jahre sank diese Zahl weiter ab.<sup>25</sup>

Es besteht also kein Zweifel daran, dass das Reichsbanner ‚aus dem Stand‘, wenngleich unter Rückgriff auf die seit 1921 an verschiedenen Orten geleisteten Vorarbeiten, eine beeindruckende Zahl von Mitgliedern aktivierte. Dabei erreichte es ungefähr die doppelte Größe der beiden wichtigsten Wehrverbände der politischen Rechten. Dieser beispiellose Mobilisierungserfolg konnte

---

<sup>25</sup> Dieter Fricke (Hg.), *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945)*, 4 Bände, Köln 1983-1986, hier Bd. 4, Köln 1986, S. 145; Bd. 3, Köln 1985, S. 138.

die Erwartung wecken, dass die Republikaner den paramilitärischen Verbänden der Rechten und der NSDAP, die mit ihrem Münchener Putsch vom November 1923 die Republik hatten aushebeln wollten, nun etwas Überlegenes entgegensetzen konnten. Diese Hoffnung fand in einer Karikatur sinnfälligen Ausdruck, welche der sozialdemokratische *Vorwärts* im September 1924 abdruckte. Sie zeigt zwei Nationalsozialisten, die mit Handgranaten eine Bahnstrecke und damit – im übertragenen Sinne – die republikanische Ordnung in die Luft sprengen wollen. Aus dem Hintergrund jedoch fährt mit Wucht und scheinbar unaufhaltsam ein Zug heran, der die Aufschrift „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ trägt. Dies überzeugt die beiden Nationalsozialisten davon, dass sie hier eher „selbst in die Luft“ zu fliegen drohen.<sup>26</sup>

---

<sup>26</sup> *Vorwärts* Nr. 426 vom 10.9.1924: StAM, Pol.Dir. München 6889.



Karikatur von Georg Wilkes aus dem *Vorwärts*, Nr. 426 vom 10. September 1924.

## V. Ziele und Aktionsfelder des Reichsbanners

Wie aber setzte das Reichsbanner diese nominelle Stärke in politisches Handeln um, und welche Ziele und Erwartungen waren dafür leitend? Diese Frage lässt sich zunächst einmal mit Blick auf die Aktivitäten der Ortsgruppen des Reichsbanners beantworten.

Wie bei einem demokratischen Verband nicht anders zu erwarten, gab es darüber im Reichsbanner unterschiedliche Ansichten, und die Akzente wurden in unterschiedlicher Weise gesetzt. Otto Hörsing suchte bis 1932 den Verband im Sinne einer straffen, einheitlichen Vorgabe von Ideologie und Strategie von Magdeburg aus zu lenken. Ein solches Ansinnen musste bei einer Organisation von der Größe des Reichsbanners allerdings schon im Ansatz scheitern. Sowohl in der Ausformulierung der Zielerwartungen, als auch in der Bestimmung der politischen Mittel und Taktiken, bestanden Diskrepanzen zwischen der Zentrale und den lokalen Gliederungen, zwischen Funktionären und Mitgliedern. Ein Beispiel dafür ist etwa die in den Jahren 1925 bis 1928 zu beobachtende Bereitschaft zahlreicher sächsischer Ortsgruppen, mit dem *Rotfrontkämpferbund*, insbesondere im Kampf um das Volksbegehren zur Fürstenenteignung 1926, zusammen zu arbeiten. Diese Kooperation zählt zu den großen, heute weitgehend vergessenen Momenten pro-republikanischer Massenmobilisierung in Weimar.<sup>27</sup>

---

<sup>27</sup> Voigt, Kampfverbände, S. 337-340.



Am Grabe Friedrich Eberts auf dem Heidelberger Friedhof, 1925.  
Foto: AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung.

In der praktischen Arbeit des Reichsbanners trugen die Ortsgruppen zunächst einmal zu den kulturellen Aktivitäten der anderen Vereine und Organisationen des sozialistischen Arbeitermilieus bei. Mitglieder des Reichsbanners in Barmen etwa stellten eine Feldhandballmannschaft auf, die sich an den Verfassungsfeiern des Bundes beteiligte und auch gegen die Bundeskameraden aus dem nahen Elberfeld antrat. Die Musikzüge des Reichsbanners in diesen Orten begleiteten nicht nur Demonstrationen und Aufmärsche, sondern gaben auch separate Platzkonzerte oder spielten in Konzertsälen. Diese Aktivitäten waren eingebettet in einen breit aufgefächerten Festkalender, zu dessen Fixpunkten im Jahreslauf sogenannte

„Republikanische Tage“ zählten, an denen das Reichsbanner für sich und die Sache der Republik mit Aufmärschen und geselligen Aktivitäten warb. Daneben gab es Feiern zum Gedenken an die Märzgefallenen von 1848, aber auch Feiern anlässlich des Todestags von Friedrich Ebert, dem 28. Februar. Von besonderer Bedeutung war schließlich die Teilnahme am 1. Mai. Um den Anschein der Überparteilichkeit zu wahren, sollte das Reichsbanner daran nicht in geschlossener Formation teilnehmen. Viele Ortsgruppen setzten sich darüber jedoch ganz selbstverständlich hinweg, da der 1. Mai für sie ein wichtiger Ausdruck der sozialistischen Gedankenwelt war, in der sie auch den republikanischen Verband verorteten.<sup>28</sup> Gerade in den sportlichen Aktivitäten der örtlichen Reichsbannergruppen zeigte sich deutlich, wie tief das Gros der Mitglieder an der Basis noch in den traditionellen Wertvorstellungen des sozialistischen Arbeitermilieus verankert war. So legte die Hamburger Ortsgruppe 1930 darauf Wert, dass in der Einladung zu einem „Republikanischen Tag“ nicht von einem Handballspiel „um die Gaumeisterschaft“ zwischen den Mannschaften aus Hamburg und Bremen gesprochen werde. Denn in Hamburg lehnten die Kameraden „grundsätzlich die Austragung irgendwelcher Konkurrenzen ab“.<sup>29</sup> Die für den modernen, als System

---

<sup>28</sup> Mintert, Sturmtrupp, S. 34-39; vgl. Voigt, Kampfbünde, S. 303f.; zu einem Republikanischen Tag vgl. etwa Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Prenzlauer Berg (Hg.), Republikanischer Tag, 21. und 22. April 1928, Berlin 1928.

<sup>29</sup> Gauleitung Hamburg des Reichsbanners 17.4.1930 an Willy Dehnekamp: Staatsarchiv Bremen (StA Bremen), 7,88 (NL Willy

ausdifferenzierten Sport grundlegende Unterscheidung Gewinnen/Verlieren und das damit einhergehende Wettbewerbsprinzip stießen im Reichsbanner durchaus noch auf Ablehnung.<sup>30</sup> Sport sollte dort in erster Linie der körperlichen Rekreation und der proletarischen Geselligkeit dienen.



Reichsbannerfreizeit mit Frauen und Kindern, ca. 1925.  
Foto: AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung.

---

Dehnkamp), 50/6, o.Bl.; vgl. Harsch, German Social Democracy, S. 19.

<sup>30</sup> Vgl. Benjamin Ziemann, Das Kaiserreich als Epoche der Polykontextualität, in: Sven Oliver Müller/Cornelius Torp (Hg.), Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen 2008, S. 51-65.

Größere Schwierigkeiten bereitete das Prinzip der republikanischen Überparteilichkeit beim Schutz von Parteiveranstaltungen vor Störungen durch rechte Verbände und der Unterstützung republikanischer Kandidaten in Wahlkämpfen. Dies waren zwei Aufgaben, die sowohl vor dem Hintergrund der Gründungsgeschichte des Verbandes, als auch mit Blick auf das erklärte Ziel des Republikenschutzes im Kern der politischen Arbeit des Reichsbanners standen. Bei der Reichspräsidentenwahl des Jahres 1925 konnte sich das Reichsbanner uneingeschränkt für den Zentrumspolitiker Wilhelm Marx einsetzen, den Kandidaten der republikanischen Parteien. In den folgenden Jahren wurde die Unterstützung von SPD-Veranstaltungen und Wahlkampfaktivitäten ein selbstverständliches Element der Arbeit des Reichsbanners. In Wuppertal rief das Reichsbanner 1929 sogar offen dazu auf, in der Kommunalwahl für die SPD zu stimmen. Die Frage, ob das Reichsbanner ein rein sozialdemokratischer Schutzverband werden sollte, führte in einzelnen Gliederungen wiederholt zu Konflikten.<sup>31</sup>

Mit der Beteiligung an Wahlkämpfen gerieten die Mitglieder des Reichsbanners auch in das Visier der nationalsozialistischen SA, die in der Vereinigung ihren besonderen Feind erkannte, den es aggressiv und auf offener Straße zu bekämpfen galt. 1931 war das Reichsbanner in Preußen „Hauptangriffsziel“ wohlkalkulierter Ge-

---

<sup>31</sup> Mintert, Sturmtrupp, S. 39f.; Voigt, Kampfbünde, S. 212-219, 452-455.

walt von SA-Männern, sogar noch vor den Kommunisten. Mit Blick auf das gesamte Reich lässt sich aussagen, dass 55,2 Prozent der faschistischen Gewalttäter Reichsbannerleute angriffen, nur 43,8 Prozent dagegen Kommunisten. Die Konfrontation von SA und KPD konzentrierte sich vor allem auf diejenigen Großstädte, in denen die SA eine nennenswerte Präsenz hatte. Reichsbannerleute wurden dagegen auch in vielen kleineren Städten, gerade auch in den östlichen Provinzen Preußens wie Pommern, Schlesien und Ostpreußen, Opfer faschistischer Straßengewalt.<sup>32</sup> Nur in wenigen Fällen provozierten die Reichsbannerleute selbst solche gewalttätigen Auseinandersetzungen. Offiziell lehnte der Verband politische Gewalt als ein „Rowdytum“ ab und betonte, „dass Politik ein geistiger Kampf“ sei.<sup>33</sup>

Für die Ortsgruppe Vegesack liegen Unterlagen vor, aus denen sich die Frequenz und Verteilung der vom Reichsbanner betriebenen praktischen Arbeit ablesen lässt. Zumindest für die angesichts des intensiver werdenden politischen Kampfes von einer hohen Schlagzahl geprägten Jahre 1931 und 1932 ist damit ein Einblick in die hohe Intensität der Arbeit einfacher Mitglieder im

---

<sup>32</sup> Sven Reichardt, Totalitäre Gewaltpolitik? Überlegungen zum Verhältnis von nationalsozialistischer und kommunistischer Gewalt in der Weimarer Republik, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.), Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900-1933, München 2007, S. 377-402, hier S. 387f.

<sup>33</sup> Voigt, Kampfbünde, S. 378-403, hier S. 378; vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 233-244, 307f.

Verband möglich. Für 1931 listet die Aufstellung insgesamt 189 Veranstaltungen auf, darunter jeweils monatliche Mitgliederversammlungen, zehn auswärtige Veranstaltungen, sieben Ausmärsche, nicht weniger als 46 „Übungsabende“, 68 mal „Nachtdienst“, 18 Fälle von Saalschutz und sieben Gelegenheiten, bei denen gedrucktes Werbematerial verbreitet wurde. Im von zwei Reichstagswahlen geprägten Jahr 1932 stiegen gerade diese drei letzten Kategorien nochmals an, und die Ortsgruppe leistete allein nicht weniger als 52 Mal Saalschutz. Insgesamt waren die Mitglieder des Vegesacker Reichsbanners 1932 an 281 Tagen im Einsatz, also buchstäblich fast jeden Tag.<sup>34</sup> Diese Zahlen legen von der Einsatz- und Opferbereitschaft zahlloser Reichsbannermitglieder Zeugnis ab, die sich in ihrer knappen freien Zeit unermüdlich und oft unter Verwendung eigener finanzieller Mittel für die republikanische Arbeit einsetzten.

## **VI. Zukunftserwartung und Vergangenheitsorientierung**

Neben diesen Hinweisen auf die praktische Arbeit des Reichsbanners muss nach den Erwartungen und Leitbildern gefragt werden, welche das republikanische Engagement des Verbandes prägten. Zur Debatte steht dessen

---

<sup>34</sup> Aufstellung über Zahl der Veranstaltungen in der Reichsbanner-Ortsgruppe Vegesack, o.D.: StA Bremen, 7, 88 (NL Willy Dehnkamp), 51/5.

Semantik, das heißt jene rhetorischen Formen, die jeder konkreten Aktivität erst einen Sinn und damit eine notwendige Rahmung verliehen. Der in der ersten Ausgabe der Bundeszeitung abgedruckte Gründungsaufruf setzte den Akzent auf die Einheit des Reichs und den Wiederaufbau der Nation. „Brandfackeln des Bürgerkrieges“, so die grelle Metapher, seien gegen die „Grundmauern“ des neuen Staatswesens geschleudert worden. Dagegen gelte es, die „staatlich geschlossene Nation“ in ihrer neuen Form als Republik zu verteidigen, gegen jene „wüsten Demagogen, die schamlosen Mißbrauch mit den Begriffen Vaterland und Nation treiben“.<sup>35</sup> Der ehemalige sächsische Polizeioberst Hermann Schützinger sprach 1924 von dem „Morast“, den die „Gespenstergestalten des deutschen Faschismus“ aufgeschwemmt hätten. Dieser Sumpf müsse „erst getrocknet werden“, bevor die Arbeit am Aufbau eines republikanischen Staatswesens beginnen könne.<sup>36</sup> Bei einer Versammlung im württembergischen Geislingen am 11. Oktober 1925 benutzte der Hauptredner, ein katholischer Geistlicher namens Ott, eine noch stärker auf die Defensive ausgerichtete Metapher, indem er die „Aufgabe des Reichsbanners bei der

---

<sup>35</sup> Kriegsteilnehmer, Republikaner!, in: Das Reichsbanner Nr. 1 vom 15.4.1924.

<sup>36</sup> Hermann Schützinger, Der Kampf um die Republik. Ein Kampfbrevier für republikanische Frontsoldaten, Leipzig 1924, S. 8; zu seiner Biografie vgl. Dieter Riesenberger, Soldat der Republik. Hermann Schützinger (1888-ca. 1960), in: Wolfram Wette unter Mitwirkung von Helmut Donat (Hg.), Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871-1933, Bremen 1999, S. 287-301.

Verteidigung der Republik“ mit der „Verteidigung einer Burg“ verglich, die dem „Feind in die Hände“ falle, wenn der „Schutz ungenügend“ sei.<sup>37</sup>

Bei der Gründungsfeier des Münchener Reichsbanners am 7. Juli 1924, die durch ihren Ort, den Bürgerbräukeller, ganz bewusst den Bezug zum Hitlerputsch herstellte, erläuterte Erhard Auer in einer programmatischen Rede den Sinnhorizont, auf den sich das Reichsbanner bezog. Auch Auer benutzte eine Metapher für Abwehr, Schutz und Verteidigung, um die grundsätzliche Aufgabe des Bundes zu umreißen. „Der Geist der Diktatur, des Putsches und des Mordes“ finde hier „einen Damm, an dem er zerschellen wird.“ Das Reichsbanner sammle „alle Freunde der Republik“ und wende sich besonders an die Jugend „als Träger der Zukunft“, die im republikanischen Verband lernen werde, „Disziplin und Ordnung“ zu halten. Damit richtete sich der Blick in die Zukunft, die es dadurch zu sichern gelte, dass „die republikanische Staatsform mit sozialem Geiste“ zu erfüllen sei.<sup>38</sup>

Nach diesen programmatischen Höhenflügen umriss der neu gewählte Ortsvorsitzende Adolf Dichtl noch einmal knapp die praktischen Aufgaben des Reichsbanners, und dabei kamen andere Akzente zum Vorschein: Der gelernte Lithograf und Unteroffizier des Weltkriegs-

---

<sup>37</sup> Auszug aus dem Lagebericht Nr. 37 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 28.10.1925: StA Bremen, 4,65, 1029, Bl. 101.

<sup>38</sup> Münchener Post Nr. 150 vom 8.7.1924.

heeres erhielt „stürmischen Beifall“, als er forderte, dass der republikanische Verband bei der nächsten Gedenkfeier für die 12.000 Münchener Toten des Weltkrieges vor dem Armeemuseum – der heutigen Bayerischen Staatskanzlei – vertreten sein müsse, um „seine Toten zu ehren“. Denn die „Leute auf der Gegenseite“, damit meinte Dichtl die politische Rechte, „haben kein Recht, diese Toten für sich allein zu reklamieren und mit ihnen politische Geschäfte zu machen“.<sup>39</sup>

## VII. Veteranenverband der sozialistischen Arbeiter

Mit der von Dichtl postulierten Aufgabe der politischen Bewirtschaftung und kulturellen Würdigung der Toten des Weltkrieges kommt eine andere Dimension des Reichsbanners in den Blick, die bereits im Namen des Verbandes – gegründet als *Bund republikanischer Kriegsteilnehmer* – ausgeflaggt war. Der Paragraph 1 der Satzung von 1924 stellte ausdrücklich fest, der „Zweck des Bundes ist die Zusammenfassung aller reichsdeutschen Kriegsteilnehmer des Weltkrieges und der im Waffendienst ausgebildeten Männer, die unbedingt auf dem

---

<sup>39</sup> Münchener Post Nr. 150 vom 8.7.1924. Auch Schützinger postulierte: die „Toten des Weltkrieges sind kein Monopol der Reaktion“; ders., Kampf, S. 9.

Boden der republikanischen Verfassung stehen“.<sup>40</sup> Nicht nur aufgrund dieser satzungsmäßigen Bestimmung, sondern auch in der sozialen und kulturellen Praxis der Mitglieder vor Ort gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass das Reichsbanner als ein Veteranenverband des sozialistischen Arbeitermilieus zu interpretieren ist. In der Gründungsphase mögen bis zu 90 Prozent der Mitglieder ehemalige Kriegsteilnehmer gewesen sein. Dieser Wert pendelte sich bald bei etwa zwei Dritteln ein, eine Größenordnung, die auch andere Frontsoldatenbünde wie den *Stahlhelm* nicht übertrafen.<sup>41</sup>

Auch die eingangs zitierten Bezeichnungen mancher Vorläuferverbände wie *Neuer Stahlhelm* verweisen auf den Kontext, in dem die Gründung des Reichsbanners auch zu verstehen ist. Denn bis dahin stand sozialdemokratischen Veteranen des Weltkrieges nur der *Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen* zur Verfügung, um die aufwühlenden, oft auch traumatischen, auf jeden Fall aber lebensgeschichtlich einschneidenden Erfahrungen an der Front symbolisch auszudeuten und kommunizierbar zu machen. Der Reichsbund allerdings war primär für

---

<sup>40</sup> Bundessatzung vom 27.2.1924, abgedruckt in: Das Reichsbanner, Nr. 1 vom 15.4.1924.

<sup>41</sup> Zum Folgenden vgl. Benjamin Ziemann, Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenverband der sozialistischen Arbeiterschaft, in: Historische Zeitschrift 267 (1998), S. 357-398.

Kriegsbeschädigte gedacht und setzte den Akzent vor allem auf Interventionen im Bereich der sozialpolitischen Maßnahmen für Opfer und Hinterbliebene des Krieges.<sup>42</sup>

Die Interventionen des Reichsbanners im Feld der Kriegserinnerungen und -erfahrungen waren ein fester und vielgestaltiger Bestandteil des Alltags der Ortsgruppen. Dazu gehörte etwa die Teilnahme an der Einweihung von lokalen Kriegerdenkmälern oder an Trauerfeiern für die Toten des Weltkrieges in geschlossener Formation. Aber auch im eigenen Festkalender des Verbandes, namentlich bei den Bannerweihen von Ortsgruppen, gehörte ein zeremonieller Tribut an die Gefallenen und eine den Sinn des Krieges ausdeutende Rede am Kriegerdenkmal zum festen Bestandteil des Programms. Historische Vorträge in internen Versammlungen hoben einprägsame Momente kollektive Erfahrungen von Kriegserlebnissen hervor. Die Aufführung von Lebenden Bildern bot Gelegenheit, die Ungerechtigkeit und schlechte Behandlung der Mannschaftssoldaten im deutschen Heer plastisch zu inszenieren; Mitglieder des Reichsbanners stellten auf der Bühne prassende Offiziere dar. Schließlich boten die Spalten der Mitgliederzeitschrift ein Forum

---

<sup>42</sup> Vgl. exemplarisch Bart De Cort, „Was ich will, soll Tat werden.“ Erich Kuttner 1887-1942. Ein Leben für Freiheit und Recht, Berlin 1990, sowie Christian Weiß, „Soldaten des Friedens“. Die pazifistischen Veteranen und Kriegsoffer des „Reichsbundes“ und ihre Kontakte zu den französischen *anciens combattants* 1919-1933, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.) Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939, Göttingen 2005, S. 183-204.

für den Abdruck von literarisch verarbeiteten Kriegserlebnissen und die Besprechung von Kriegsromanen.

Manches einfache Reichsbannermitglied sandte solche Artikel gerade in der Zeit der Weltwirtschaftskrise auch deshalb an die Magdeburger Redaktion, um in einer Zeit der Arbeitslosigkeit etwas Geld zu verdienen und den leeren Tagesablauf zu füllen. Aber die Symbolisierung des Kriegserlebnisses im Reichsbanner war stets mehr als nur eine zeitgemäße Form der Soziabilität. Sie verband sich mit dem zentralen Anliegen des Verbandes, die Legitimität der Republik zu bekräftigen und den Buchstaben der Verfassung mit greifbarem Inhalt zu füllen. Aus Sicht der Kriegsveteranen war das republikanische System eine notwendige Konsequenz aus dem völligen moralischen und politischen Bankrott des wilhelminischen Systems und seiner herrschenden Kaste, der sich in den hypertrophen Kriegszielen und der Knechtung und Ausbeutung der Volksmassen in der Armee manifestiert und folgerichtig zum Zusammenbruch im Herbst 1918 geführt hatte. Aus diesem Grund verbanden sich die Kriegserinnerungen der Veteranen auch mit einer emphatischen Rede von der Republik, der aus ihrer Sicht die Aufgabe zukam, an Stelle der im Weltkrieg vorherrschenden Viktimisierung und Unterdrückung der einfachen Leute deren Freiheit und Rechte zu sichern.

Das Reichsbanner erzielte seine phänomenale Mobilisierungsleistung, zugespitzt formuliert, als ein im Zei-

chen von Schwarz-Rot-Gold operierender *Neuer Stahlhelm*, der das symbolische Kapital des Fronteinsatzes im pro-republikanischen Sinne verwendete und damit zugleich dessen rechte, radikalnationalistische Monopolisierung im Zeichen der Dolchstoßlegende aufzubrechen suchte. Sowohl quantitativ, mit Blick auf die Massenwirkung, als auch qualitativ, mit Blick auf die rhetorische Kraft der dazu verwendeten Symbole und Narrative, operierte das Reichsbanner mit beachtlichen Erfolgen. Aus der Verknüpfung der beiden Motive, der aktiven Verteidigung der Republik gegen ihre gewaltbereiten Gegner mit den symbolischen Gehalten und Verkehrsformen eines sozialdemokratischen Veteranenverbandes, ergaben sich allerdings auch Ambivalenzen und Widersprüche in der Verfolgung des Republiksschutzes. Zumindest drei dieser Ambivalenzen will ich in summarischer Form benennen.



Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vor der Bundesfahne, o.J. (ca. 1924).

Foto: AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung.

## VIII. Ambivalenzen des Republiksschutzes

Da war erstens die Spannung zwischen dem Ziel, die Zukunft der Republik als Erwartungshorizont zu sichern, und der mit dem Charakter eines Veteranenverbandes einhergehenden mentalen Orientierung an der jüngsten Vergangenheit als einem kollektiven Erfahrungsraum der Mitglieder. Die damit verbundene aktive Intervention in geschichtspolitische Kontroversen war eine unabdingbare Notwendigkeit für das Reichsbanner, darüber gibt es keinen Zweifel. Denn zahlreiche Epochen und Aspekte der deutschen Geschichte avancierten in Weimar zu einem Kampfplatz der politischen Lager, dem sich keine ernsthafte politische Kraft entziehen konnte.<sup>43</sup> Dazu zählte nicht zuletzt auch der Streit über die Ausdeutung der revolutionären Errungenschaften von 1848/49. Neben dem Kampf gegen rechte Weltkriegsmythen war dies ein anderes wichtiges Feld, auf dem das Reichsbanner geschichtspolitisch intervenierte. Auch hier galt es, die legitime Verwurzelung demokratischer Kräfte in der deutschen Geschichte aufzuzeigen, monarchistische Stimmungen zu konterkarieren und nicht zuletzt wichtige Revolutionäre von 1848 wie Robert Blum und Karl Schurz

---

<sup>43</sup> Vgl. allgemein Robert Gerwarth, *The Past in Weimar History*, in: *Contemporary European History* 15 (2006), S. 1-22.

als Vorbilder, Helden und Märtyrer des progressiven Republikanismus zu feiern.<sup>44</sup>

Eine republikanische Politik in Weimar ohne jede Vergangenheitsorientierung ist also kaum vorstellbar. Und dennoch ist nicht zu übersehen, dass die teils aufklärerische, teils sentimentale Beschäftigung mit dem Leben und Sterben der Soldaten an den Fronten des Ersten Weltkrieges ihren Preis hatte. Dieser bestand in der Entwicklung eines Ensembles von unhinterfragten Wertnormen und unreflektierten Verhaltensweisen, welche die Sozialkultur des Verbandes prägten und bereits manche zeitgenössischen Beobachter zu Vergleichen mit den Kriegervereinen des *Kyffhäuserbundes* animierten. Einer von ihnen war Carl von Ossietzky. In einem ironisch mit „Schutz der Republik – die große Mode“ überschriebenen Artikel monierte der radikaldemokratische Pazifist bereits im September 1924, dass die Frage danach, „was an dieser Republik schützenswert ist“, im Reichsbanner noch nicht einmal als Problem erkannt worden sei. Nur unsanften Spott hatte Ossietzky für die Bundeszeitung übrig, in deren Spalten sich etwa ein „Verzeichnis von Artikeln der Magdeburger Einkaufszentrale“ finde, unter ihnen die „Einheitswindjacke“ des Verbandes, ebenso wie eine Rubrik mit dem Titel „Granatsplitter“ und eine andere unter der Bezeichnung „In der Kantine“. Das sei

---

<sup>44</sup> Vgl. dazu Eric Bryden, *Heroes and Martyrs of the Republic: Reichsbanner Geschichtspolitik in Weimar Germany*, in: *Central European History* 43 (2010), S. 639-665.

nichts anderes als „der Stil der mit Recht gelästerten alten Armeezeitungen“ und damit eine „klägliche Kopie“. In solchen Details zeigte sich für Ossietzky, dass das Reichsbanner aus der Sache der Republik eine „unverfälschte Kriegervereinsangelegenheit“ gemacht habe.<sup>45</sup>

Mit diesen beißenden Bemerkungen traf Ossietzky einen wichtigen Punkt. Kritik an der oft etwas behäbigen, in vielem intellektuell kaum anspruchsvollen und mit ihrem primären Interesse an Geselligkeit an die Kriegervereine erinnernden Sozialkultur der Reichsbannergruppen kam im Übrigen auch aus den Reihen der Organisation selbst. Ein auf Zuschriften aus Reichsbannerkreisen basierender Artikel in der Berliner Volkszeitung konstatierte im Dezember 1925, es fehle ein „geistiger Wille“ in den Kameradschaften des Verbandes. Deren Versammlungen fänden auf einem „Zahlabendniveau“ statt, das die „Höhe einer geläuterten republikanischen Geistigkeit“ vermissen lasse. Nach Meinung dieser Beobachter bewegte sich die Arbeit des Verbandes bereits ein Jahr nach der Gründung in einer festgefahrenen Routine: „Die Kameradschaften turnen, radeln, treiben Wassersport; sie exerzieren, marschieren, weihen Denkmäler und fahren

---

<sup>45</sup> Carl von Ossietzky, Schutz der Republik – die große Mode (13. September 1924), in: ders., Sämtliche Schriften, Bd. II: 1922-1924, Reinbek 1994, S. 364-366. Für eine ähnliche Kritik eines anderen Pazifisten und Linksozialisten siehe Kurt Tucholsky, Der Sieg des republikanischen Gedankens (1926), in: ders., Gesammelte Werke, hg. von Mary Gerold-Tucholsky und Fritz J. Raddatz, Bd. 4, Reinbek 1975, S. 495-499.

Propaganda. Daneben veranstaltet man Tanzkränzchen, Unterhaltungsabende, Konzerte – kurz, das was jeder Verein in diesem Lande zu unternehmen pflegt.“<sup>46</sup> Ungeachtet dieser Übereinstimmung mit verbandsinternen Beobachtungen verfehlte die Kritik von Ossietzky jedoch einen wichtigen Zusammenhang. Denn das, was der Radikalpazifist als Schwäche des Verbandes analysierte, das Austausch von ebenso launigen wie anspruchslosen Kriegserinnerungen unter dem Rubrum „Granatsplitter“, war gerade die Stärke des Verbandes, insofern die zahlreichen Kriegsteilnehmer in seinen Reihen genau diese Verbindung von Veteranenkultur und Kampf für die Republik zur Mitgliedschaft motivierte.

## **IX. Das Reichsbanner – ein Männerbund?**

Eine Ambivalenz lässt sich auch mit Blick auf die Frage nach der geschlechtlichen Codierung des Einsatzes für die Republik beobachten. Bei der Gründung des Reichsbanners gab es offenbar keinerlei Diskussion darüber, ob nicht auch Frauen als Mitglieder zuzulassen seien. Es lässt sich nur vermuten, dass sich dies für einen als republikanischen Frontkämpferbund konzipierten Verband von selbst verbot. Das Reichsbanner war auch insofern maskulin codiert, als die Ausdeutung der Kriegserfah-

---

<sup>46</sup> Ausschnitt aus der Berliner Volkszeitung vom 18.12.1925: BArch, R 1501, 113501, Bl. 200.

rungen in den Artikeln der Mitgliederzeitschrift und den Festreden an Kriegerdenkmälern einschlägige Topoi wie die Kameradschaft der Frontsoldaten benutzte. Diese Bezugnahmen lassen allerdings nicht die Schlussfolgerung zu, dass das Reichsbanner sich in den aggressiven Männlichkeitsmythos der rechten Wehrverbände wie *Kyffhäuserbund* und *Stahlhelm* und seine Konzeption von „hegemonialer Männlichkeit“ eingeschrieben hätte.<sup>47</sup> Kameradschaft war im Reichsbanner letztlich weniger als eine Solidarität unter Geschlechtsgenossen konnotiert, denn als eine unter Klassengenossen, die gemeinsam unter den Schrecken des Krieges gelitten hatten. Und die Repräsentation von Kriegserinnerungen im Reichsbanner legte ganz bewusst den Akzent auch auf jene Aspekte von Männlichkeitsbildern, die in der ‚stahlharten‘ Männlichkeit der rechten Soldatenverbände nicht vorkamen.

Ein Beispiel dafür ist ein Artikel des Historikers Martin Hohohm, der selbst 1924 „mit glühender Begeisterung“ die Potsdamer Ortsgruppe des Reichsbanners mit

---

<sup>47</sup> Thomas Kühne, *Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, S. 62-67; vgl. auch Daniel Morat, *Kalte Männlichkeit? Weimarer Verhaltenslehren im Spannungsfeld von Emotionen- und Geschlechtergeschichte*, in: Manuel Borutta/Nina Verheyen (Hg.) *Die Präsenz der Gefühle. Männlichkeit und Emotion in der Moderne*, Bielefeld 2010, S. 153-177; ohne jeden Beleg argumentiert Peter Fritzsche, *The Economy of Experience in Weimar Germany*, in: Kathleen Canning/Kerstin Barndt/Kristin McGuire (Hg.), *Weimar Publics/Weimar Subjects: Rethinking the Political Culture of Germany in the 1920s*, New York 2010, S. 360-383, hier S. 377.

gegründet hatte und diese Gründung als „die enthusiastischste Zeit meines Lebens“ bezeichnete.<sup>48</sup> Als Mitarbeiter des Reichsarchivs sammelte Hobohm Selbstzeugnisse von einfachen Soldaten für sein Gutachten über „Soziale Heeresmißstände als Teilursache des deutschen Zusammenbruchs von 1918“.<sup>49</sup> Auf eines davon, die Kriegserinnerungen des Berliner Tischlergesellen und Reichsbannermannes Willibald Seemann, wies Hobohm 1928 in der Reichsbanner-Zeitschrift hin. Dabei hob er hervor, dass Seemann auch „ein sonst meistens verschwiegenes Gebiet“ behandelte, eine „Periode seelischen Verzagens“ und des inneren „Nichtmehrkönnens“. Unter dem Druck des „Kommiss“ und des Grabenkrieges war Seemann im Krieg „mürbe“ geworden. Er schildert nun in seinen Erinnerungen, „wie man es merkte und ihn hänselte, wie er schließlich auf der Wiese lag, das Gesicht ins Gras gedrückt, und in die zitternden Hände schluchzte“.<sup>50</sup> Mit

---

<sup>48</sup> Martin Hobohm an Dr. Molinski, 23.8.1928: Staatsbibliothek zu Berlin, Handschriftenabteilung, NL Delbrück, Briefe Martin Hobohm Mappe V, Bl. 53-56; vgl. auch Hobohm's Beitrag in: Das Reichsbanner und Potsdam, hrsg. von der Ortsgruppe Potsdam des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin 1924, S. 7-12.

<sup>49</sup> Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassungebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1930, 4. Reihe, II. Abteilung, Bd.11, 1. Halbband: Gutachten des Sachverständigen Dr. Hobohm, Soziale Heeresmißstände als Teilursache des deutschen Zusammenbruchs von 1918, Berlin 1929; zu Hobohm vgl. Hans Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Berlin 1975, S. 531-574.

<sup>50</sup> Martin Hobohm, Soldat aus Berlin-Ost, in: Das Reichsbanner Nr. 25 vom 5.8.1928.

diesen Hinweisen brachte Hobohm ein gebrochenes und ambivalentes Männerbild auf plastische Weise zum Ausdruck, das im Reichsbanner ganz selbstverständlich seinen Platz fand. Das war zugleich eine explizite Kritik an der hegemonialen Form der Männlichkeit in nationalistischen Kreisen, in denen im Nachhinein nicht zugegeben werden konnte, dass die Schrecken und Belastungen des Krieges auch bei ‚harten‘ Männern zu tränenreichen Zusammenbrüchen geführt hatten.

Eine solche Wendung gegen ein ‚stahlhartes‘ Männerbild heißt nun allerdings nicht, dass der republikanische Verband nicht auch Elemente eines Männerbunds aufgewiesen hätte – ganz im Gegenteil: Die SPD organisierte im Durchschnitt der Weimarer Jahre rund ein Fünftel weibliche Mitglieder, und aus den Reihen dieser Mitglieder gab es durchaus substanzielle Kritik an dem männerbündischen Charakter des Reichsbanners. In der Münchener SPD wurden solche Kritikerinnen 1927 von Erhard Auer und Adolf Dichtl einfach ignoriert. Auf der Bundesgeneralversammlung im Jahre 1926 lag ein Antrag auf Gründung eines „Frauenbundes Schwarz-Rot-Gold“ vor, wurde aber ohne Diskussion wieder zurückgezogen.<sup>51</sup> Ein gewisser Kunzemann, Vertreter des Reichsbanner-Bundesvorstands aus Magdeburg, hatte 1925 auf einer Gaukonferenz in München folgende Auffassung vertreten: „Der Bundesvorstand sei zu der Überzeugung gekommen, daß Frauen nicht in das Reichsban-

---

<sup>51</sup> Vgl Gerstenberg, Freiheit!, Bd. 1, S. 225-232, 267.

ner hineingehören. In der Stunde der Gefahr müsse das Reichsbanner zufassen und da habe die Frau nichts dabei zu suchen. Der Frauenfrage könne sich der Republikanische Reichsbund annehmen, der ohnedies nur noch ein Schattendasein führe.“<sup>52</sup>

Diese Äußerung dürfte symptomatisch sein für die Vorbehalte vieler Reichsbannerführer, die den Schutz der Republik von vornherein als eine reine Männersache konzipierten und die ‚Frauenfrage‘ als etwas Separates diesem Ziel explizit nach- und unterordneten. Dies blieb allerdings nicht das letzte Wort. Als die ‚Stunde der Gefahr‘ nach der Gründung der *Harzburger Front* von DNVP, *Stahlhelm* und NSDAP im Herbst 1931 tatsächlich nahte, konnte es sich das Reichsbanner schlicht nicht mehr leisten, auf die politische Arbeit von Frauen gänzlich zu verzichten. Im Dezember 1931 wurde die *Eiserne Front* gegründet, die das Reichsbanner mit SPD, freien Gewerkschaften und dem Arbeiterturn und -sportbund zu einer gemeinsamen Mobilisierung in Demonstrationen und neuen symbolischen Formen der Propaganda zusammenführte. Und in diesem Rahmen rief auch das Reichsbanner nunmehr Frauen ausdrücklich zur politischen Mitarbeit an der Abwehr faschistischer Bestrebungen auf.<sup>53</sup> Damit wandelte sich zugleich das Erschei-

---

<sup>52</sup> Münchener Neueste Nachrichten Nr. 276 vom 6.1.1925, Ausschnitt in: BArch, R 1501, 113501, Bl. 145.

<sup>53</sup> Voigt, Kampfverbände, S. 456-464; Karen Hagemann, Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, Bonn 1990, S.

nungsbild der öffentlichen Aufmärsche, da neben die uniformierten Abteilungen der Männer nun die aufgelockerten Gruppen der Frauen und Kinder traten.<sup>54</sup> Insgesamt aber blieb ein Widerspruch bestehen. Zwar betonte die SPD in jedem der Reichstagswahlkämpfe von 1919 bis 1933, dass sie sich als einzige Partei bereits im Kaiserreich vorbehaltlos für das Frauenwahlrecht und die Frauenemanzipation eingesetzt habe.<sup>55</sup> Im Reichsbanner jedoch behielt man den aktiven Einsatz für die als Partizipationsraum konzipierte Republik den Männern vor.

## X. Formen und Grenzen der Militarisierung

Die ambivalente Haltung des Reichsbanners zur Ausgestaltung von Geschlechterrollen im Kampf um die Republik verweist zugleich auf eine dritte Ambivalenz. In der Leipziger Volkszeitung wandte sich Dora Fabian (die erste Frau von Walter Fabian, dem SPD-Mitglied und Vertreter des radikalpazifistischen Flügels der Deutschen Friedensgesellschaft) 1925 ausdrücklich gegen Überlegungen, eine Frauenorganisation des Reichsbanners zu gründen. Fabian verwies zur Begründung auf den „Mili-

---

546-549; vgl. auch den Artikel „Die Frau in der Eisernen Front“, in: Das Reichsbanner vom 20.2.1932.

<sup>54</sup> Gerstenberg, Freiheit!, Bd. 1, S. 428.

<sup>55</sup> Julia Sneeringer, *Winning Women's Votes. Propaganda and Politics in Weimar Germany*, Chapel Hill. London 2002, S. 51-54, 94-96, 206, 234-236.

tarismus“ des Reichsbanners und damit auf ein Element des Verbandes, das nach vier Jahren „unendlichen Leids und unmenschlichen Grauens“ im Weltkrieg nur deshalb überhaupt akzeptabel sei, weil man den „neuen Inhalt“ dieser Form und „ihre bittere Notwendigkeit“ erkennen könne. Durch Gründung eines „Amazonencorps“ diese von der Rechten aufgezwungene Tendenz noch „zu steigern“, kam für Fabian nicht in Frage.<sup>56</sup>

Auch in der historischen Forschung ist die These vertreten worden, dass das Reichsbanner zu einer allgemeinen Militarisierung der politischen Kultur beigetragen habe. Diese war angeblich das Ergebnis einer „Übereinstimmung in Werten und Verhaltensweisen“, die sich über die Grenzen der politischen Lager und ihre ansonsten divergierenden Deutungskulturen hinweg auch in den „ähnlichen Formen politischer Selbstdarstellung“ wie den strammen Massenaufmärschen von uniformierten Mitgliedern der Wehrverbände ihren Ausdruck gefunden habe. Beim Reichsbanner zeige sich dies nicht zuletzt in den „sprachlichen Anleihen beim Militär“, auch wenn die Militarisierung der Politik bei diesem Verband darin eine „Grenze“ fand, dass für ihn „nur defensive Gewalt in Frage“ kam.<sup>57</sup>

---

<sup>56</sup> Leipziger Volkszeitung vom 17.8.1925, zitiert nach Voigt, Kampfbünde, S. 187.

<sup>57</sup> Schumann, Politische Gewalt, S. 245-269, Zitate S. 245, 268f.

Dieser These sind zunächst die faktischen Grenzen der Militarisierung im Reichsbanner entgegen zu halten. In den ersten Jahren nach der Gründung konnten oder wollten sich viele Mitglieder keine Uniform anschaffen.<sup>58</sup> Die für den Saal- und Demonstrationsschutz durchgeführten Übungen übernahmen nicht den militärischen Kommandoton und die üblichen Exerzierreglements, sondern legten vor allem auf ein diszipliniertes und geschlossenes Auftreten in der Öffentlichkeit wert. Sie knüpften damit auch an Werthaltungen an, die bereits vor 1914 gerade in der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung weit verbreitet waren. Ein interner Bericht der KPD vertrat Anfang 1926 gar die Auffassung, dass die Pläne der Bundesleitung zur paramilitärischen Formierung und Ausbildung der Mitglieder sich bislang als weitgehend undurchführbar erwiesen hätten, da eine starke Strömung jegliche „Soldatenspielerei“ ablehne und das Reichsbanner primär als eine pazifistische Organisation verstehe. Nur ein Viertel der Mitglieder nehme an militärischen Instruktionsstunden und Übungen teil. Erst als Reaktion auf vermehrte gewaltsame Übergriffe der SA, mit dem Aufbau der sogenannten „Schutzformation (Schufo)“ ab 1930 und in den zahlreichen Wahlkämpfen der frühen 1930er Jahre trat die Adaption militärischer Formen in der politischen Praxis des Reichsbanners stärker hervor.<sup>59</sup> Mitglieder der Schufo konnten einen „Kopfschutz

---

<sup>58</sup> Siehe etwa das Foto einer Reichsbannergruppe in München am 11. August 1924 in Gerstenberg, *Freiheit!*, Bd. 1, S. 172f.

<sup>59</sup> Ziemann, *Republikanische Kriegserinnerung*, S. 368f.; vgl. Voigt, *Kampfbünde*, S. 450-452.

Model Schufo-München“ erwerben. Dabei handelte es sich um eine Reichsbannermütze mit eingelassener „stoß- und schlagdämpfender, elastischer Bastgeflechteinlage“. <sup>60</sup> So ‚gerüstet‘, konnten sie dem Saalschutz und anderen Aufgaben nachgehen.

Zudem, das ist ein weiterer Einwand gegen die Militarisierungsthese, sagte die äußere Form nur wenig über die innere Haltung der einfachen Mitglieder des Reichsbanners und eine mögliche Übereinstimmung mit den ‚Werten‘ der rechten Frontsoldatenbünde aus. <sup>61</sup> Die vorhandene Evidenz über die Einstellung der Reichsbannermitglieder zu autoritären Formen der militärischen Unterordnung und zu möglichen Berührungspunkten mit den Werten der rechten Wehrverbände spricht eine deutliche Sprache. Der Angestellte und Sozialdemokrat Fritz Einert aus der Kleinstadt Schmalkalden in Thüringen bemühte sich in einem 1926 verfassten Manuskript über „Gedanken eines Reichsbannermannes auf Grund von Erlebnissen und Erfahrungen“ ausdrücklich darum, die öffentlich vorgebrachten Behauptungen des Stahlhelms und anderer rechter Wehrverbände zu widerlegen, sie würden die wahren nationalen Werte vertreten und seien die einzigen

---

<sup>60</sup> Vgl. die Abbildung in Christian Saehrendt, *Der Stellungskrieg der Denkmäler. Kriegerdenkmäler im Berlin der Zwischenkriegszeit (1919-1939)*, Bonn 2004, S. 19.

<sup>61</sup> Schumann, *Politische Gewalt*, S. 251, spricht ohne jeden Beleg von einer „partielle[n] Übernahme militärischer Werte“ im Reichsbanner. Schumann hat keine internen Quellen des Reichsbanners für seine Studie herangezogen.

legitimen Vertreter der Frontgeneration. Zu diesem Zweck entwickelte Einert eine systematische Gegenüberstellung der freiheitlichen und demokratischen Werte des Reichsbanners mit den von einem „Hochmuts-Dünkel“ geprägten Einstellungen „der Mitglieder der Rechtsverbände“. <sup>62</sup> Diese Darlegung der Normen und Einstellungen, die für Einert und seine Kameraden im Reichsbanner handlungsleitend waren, gipfelte in den Worten: „Ich kann mir nicht denken, daß Leute, die die Leiden des Krieges und die Unterdrückung durch den preußischen Militarismus kennen gelernt haben, sich wieder zu einem System sehnen, das, wenn es wieder in Kraft träte, sie von neuem zu Sklaven machen würde. Es gehen nur solche dorthin [i.e. zu Verbänden wie Stahlhelm und Jungdeutscher Orden], welche lediglich Nutznießer des Systems auf Kosten des Volkes sein wollen.“ <sup>63</sup>

Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass Einert selbst, der in der 1924 gegründeten Schmalkalder Ortsgruppe in den ersten Jahren das Amt des Schriftführers bekleidete, bei Veranstaltungen die Reichsbanneruniform getragen hat, wenn nicht in seiner Heimatstadt selbst, in der er als abhängig Beschäftigter negative

---

<sup>62</sup> Vgl. Benjamin Ziemann, „Gedanken eines Reichsbannermannes auf Grund von Erlebnissen und Erfahrungen.“ Politische Kultur, Flaggensymbolik und Kriegserinnerung in Schmalkalden 1926. Dokumentation, in: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte 53 (1999), S. 201-232, hier S. 221.

<sup>63</sup> Zitiert nach Ziemann, „Gedanken“, S. 220; vgl. auch die Belege und Hinweise bei Voigt, Kampfbünde, S. 266-269.

Konsequenzen fürchtete, dann bei Aufmärschen in anderen Städten. Diese Uniform drückte für Einert aber nicht die Zustimmung zu militärischen Werten aus, sondern war das Zeichen für die Zugehörigkeit zu einem Verband, der in seiner Sicht die Interessen des arbeitenden Volkes vertrat.

## **XI. Die Feier des Verfassungstages**

Das Reichsbanner markierte die Distanz zu militaristischen Werten und Repräsentationsformen schließlich auch bei der Feier des Verfassungstages. Es ist verschiedentlich die These vertreten worden, es habe der Republik von Weimar an Ritualen und Symbolen gefehlt, in denen die zentralen Werte und Sinngehalte der neuen Verfassungsordnung anschaulich zum Ausdruck gekommen seien. Das sei auch die Konsequenz eines rationalistischen Politikverständnisses gerade der Sozialdemokraten gewesen, denen eine emotionale und sinnlich opulente Ausgestaltung von staatlichen Feierlichkeiten ferngelegen habe. Demgegenüber weist die neuere Forschung auf die performative Kraft der republikanischen Ideen von demokratischer Staatsbürgerschaft und nationaler Einheit hin, welche die seit 1921 jährlich begangenen Feierlichkeiten zur Feier des 11. August auszeichnete, jenem Tag also, an dem Reichspräsident Friedrich Ebert 1919 die Verfassung unterzeichnet und in Kraft gesetzt

hatte. Diese Feierlichkeiten standen, soweit Reichsbehörden involviert waren, unter der Ägide des für die Formgebung der Republik zuständigen Reichskunstwartes Erich Redslob. Redslob betrieb diese Aufgabe mit klarem Bewusstsein für die Notwendigkeit, die Republik als legitime Staatsform in die historische Tradition der deutschen Nationsidee einzuschreiben.<sup>64</sup>

Seit der Feier des Verfassungstages im Jahr 1924 war das Reichsbanner eine treibende Kraft in dem Bemühen, diese Feier republikanischer Ideen auch in den entlegensten Winkeln des Reichs zu bringen. Dafür entwickelte der Verband ein differenziertes Repertoire von Ritualen, das neben Aufmärschen unter Verwendung der schwarzrot-goldenen Fahnen auch Lebende Bilder, Theateraufführungen und Chorgesänge umfasste. Auch die an wechselnden Orten jährlich durchgeführten Bundesverfassungsfeiern des Reichsbanners waren im Kern ein Versuch, die republikanischen Gehalte der Konstitution mit visuellen, sinnlichen Mitteln zu inszenieren. Die Titelseite der Illustrierten Reichsbannerzeitung im August 1925 legte anschaulich dar, wie sich der republikanische Stil politischer Feiern von denen des untergangenen monarchischen Systems unterschied. Unter der Zeile „Einst und jetzt“ zeigte sie oben das Bild einer in geschlossener Formation aufgestellten Militärparade im Jahr 1913, die

---

<sup>64</sup> Vgl. Manuela Achilles, *With a Passion for Reason: Celebrating the Constitution in Weimar Germany*, in: *Central European History* 43 (2010), S. 666-689.

dort als „Volksfest“ präsentiert wurde, obwohl dieses Volk auf dem Bild selbst gänzlich abwesend war. Darunter fand sich ein Foto der Verfassungsfeier in Berlin am 11. August, eine bunte, vielfältige und fröhliche Menge von Bürgern. Damit feierte die Zeitschrift des Reichsbanners die Weimarer Verfassung als angemessenen Rahmen für eine von Gleichheit und Zivilität geprägte Form des staatsbürgerlichen Miteinanders.<sup>65</sup>

---

<sup>65</sup> Nadine Rossol, *Performing the Nation in Interwar Germany. Sport, Spectacle and Political Symbolism 1926-1936*, Houndmills 2010, S. 25-33, 62-66, 145-150, die Abbildung dort S. 62; vgl. auch Bernd Buchner, *Um nationale und republikanische Identität. Die deutsche Sozialdemokratie und der Kampf um die politischen Symbole in der Weimarer Republik*, Bonn 2001, S. 330-345.



Illustrierte Reichsbanner-Zeitung vom 22. August 1925.

Auch in der performativen Zelebrierung republikanischer Staatsbürgerschaft zeigt sich jedoch eine ambivalente Einstellung des Reichsbanners zur republikanischen Symbolik, und zwar mit Blick auf die Feiern zum 9. November. In Sachsen hatte die sozialdemokratische Regierung 1922 den 9. November, und nicht den 11. August als Verfassungstag zum offiziellen Feiertag bestimmt. Also hielt das Reichsbanner dort, ganz offen in Zusammenarbeit mit der SPD, in deren Händen auch die Gestaltung und Organisation der Feiern lag, diesen Gedenktag ab.<sup>66</sup> Allerdings hatte die Bundesleitung des Reichsbanners in einem Rundschreiben vom Oktober 1924 den Ortsvereinen und Mitgliedern generell explizit verboten, sich an Revolutionsfeiern im November zu beteiligen, bei solchen in der Uniform des Verbandes zu erscheinen oder dort das schwarz-rot-goldene Banner zu tragen, da die „Überparteilichkeit“ in „keinem Falle verletzt“ werden sollte.<sup>67</sup> Dennoch scheinen einzelne Ortsgruppen den 9. November gefeiert zu haben, in Wuppertal etwa in den Jahren 1929 und 1931/1932.<sup>68</sup>

---

<sup>66</sup> Voigt, Kampfbünde, S. 303, 314.

<sup>67</sup> Reichsbanner, Gau Hamburg-Bremen-Nordhannover, Rundschreiben Nr. 17 vom 31.10.1927, in Wiederholung eines Rundschreibens vom 4.10.1924: StA Bremen, 7,88 (NL Willy Dehnkamp), 50/2, o.BI.

<sup>68</sup> Mintert, Sturmtrupp, S. 34.

## XII. Der 9. November – ein Feiertag?

Die Zurückhaltung der Bundesleitung, den 9. November als Festtag zu begehen, ist nicht nur mit Blick auf das Prinzip der Überparteilichkeit zu verstehen. Mit einer Feier dieses Tages hätte das Reichsbanner Wasser auf die Mühlen jener rechtsnationalen und nationalsozialistischen Kreise geleitet, welche die Republik als das Werk ruchloser ‚Novemberverbrecher‘ denunzierten. Allerdings ließ das Reichsbanner damit auch die Chance ungenutzt, der emotionalen Bedeutung jener revolutionären Massenbewegung Ausdruck zu verleihen, die im November 1918 in der doppelten Bewegung von „verdecktem Militärstreik“ (Wilhelm Deist) der Soldaten an der Front und der Beseitigung des monarchischen Systems im Reich und den wichtigsten Bundesstaaten die Grundlagen für die auf der Volkssouveränität beruhende Republik gelegt hatte.<sup>69</sup> Beide Daten, der Waffenstillstand am 11. November 1918 als symbolisches Datum für das Kriegsende und die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918, waren wichtige symbolische Orientierungspunkte gerade für die große Zahl jener Männer im Reichsbanner, die im Weltkrieg an

---

<sup>69</sup> Für diese Interpretation der revolutionären Massenbewegung im November 1918 vgl. Benjamin Ziemann, *Germany 1914-1918. Total War as a Catalyst of Change*, in: Helmut Walser Smith (Hg.), *The Oxford Handbook of Modern German History*, Oxford 2011, S. 378-399. Speziell zur Armee vgl. Wilhelm Deist, *Verdeckter Militärstreik im Kriegsjahr 1918?*, in: Wolfram Wette (Hg.), *Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten*, München 1992, S. 146-167.

der Front gedient hatten. Diese assoziierten damit den Auszug aus zwei eng miteinander verknüpften Herrschaftssystemen, der Armee und der Monarchie. Mit Akzent auf das erste verlieh Fritz Einert diesem Gedanken auf emphatische Weise Ausdruck: „Der Waffenstillstand war die Stunde der Befreiung aus dem Joche der ungeheuren Leiden und Entbehungen, aber auch aus dem Joche des preußischen Militarismus. Wenn jemand behauptet, wir hätten damals noch weiter kämpfen können, der beweist, daß er rein gar nichts von der Front gesehen hat. Wäre der Waffenstillstand nicht gekommen, und das wußte die Oberste Heeresleitung ganz genau, wären wir bis über den Rhein getrieben worden und die Entente hätte unser schönes Rheinland in einen Trümmerhaufen verwandelt, damit wir die Leiden des besetzten Gebietes hätten kennen lernen, denn was die Bevölkerung des besetzten Gebietes der feindlichen Länder haben ertragen müssen, wissen die, die zu Hause waren, nicht. Ein Vergnügen wäre es für die Entente gewesen, wenn sie durch das Brandenburger Tor in Berlin hätten einziehen können.“<sup>70</sup>

Der weitgehende Verzicht auf die Feier des 9. November im Reichsbanner – von Kurt Tucholsky als „Feigheit“ gegeißelt<sup>71</sup> – sollte den Verband gegen den Vorwurf immunisieren, Republikaner und Sozialisten hätten aktiv zur Niederlage Deutschlands beigetragen,

---

<sup>70</sup> Zitiert nach Ziemann, „Gedanken“, S. 224.

<sup>71</sup> Tucholsky, Der Sieg des republikanischen Gedankens, S. 497.

um das politische System zu revolutionieren. Ein Blick auf die Rhetorik von Stahlhelm und Nationalsozialisten zeigt, dass dieses Ziel keinesfalls erreicht wurde. So musste etwa der stellvertretende Bundesvorsitzende des Reichsbanners, der DDP-Abgeordnete Ernst Lemmer, am 23. Februar 1932 im Reichstag Joseph Goebbels entgegentreten, der die SPD als „Partei der Deserteure“ verunglimpft hatte.<sup>72</sup> Selbst die gewichtige Präsenz des Generals a.D. von Deimling im Reichsbanner, dem als Träger des Ordens *Pour le Mérite* niemand die militärische Erfahrung absprechen konnte, vermochte dies nicht auszugleichen.<sup>73</sup> Das Verfehlen dieses Ziels war an sich eine schwere Niederlage des Reichsbanners und der republikanischen Kräfte, die es vertrat. Aber der Verzicht auf eine symbolische Repräsentation revolutionärer und damit gewissermaßen ungezügelter Staatsbürgerschaft – im Gegensatz zur freiheitlichen, aber doch rechtlich gehegten und normierten Staatsbürgerschaft, die am 11. August im Verfassungstag zelebriert wurde – hatte zugleich weitergehende Folgen. Denn damit verzichtete das Reichsbanner auf die politische Nutzbarmachung von hochgradig positiv besetzten Emotionen, welche viele seiner Mitglieder nicht trotz, sondern gerade wegen der militäri-

---

<sup>72</sup> Ernst Lemmer, *Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten*, Frankfurt/M. 1968, S. 156-159; vgl. Meik Woyke, *Albert Schulz (1895-1974). Ein sozialdemokratischer Regionalpolitiker*, Bonn 2006, S. 118.

<sup>73</sup> Zirkel, *Vom Militaristen zum Pazifisten*, S. 173.

schen Niederlage empfanden, die sie als eine Befreiung empfunden hatten.<sup>74</sup>

### **XIII. Begrenzte Handlungsspielräume 1932/1933**

In der krisenhaften Endphase der Republik 1932/33, als die Präsidialkabinette der Kanzler Franz von Papen und Kurt Schleicher sich rasch ablösten und beide, jeder auf seine Art, willentlich zur Zerstörung des demokratischen Systems beitrugen, waren die Handlungsmöglichkeiten des Reichsbanners eng begrenzt. Mit Hilfe einer vom Reichspräsidenten von Hindenburg unterzeichneten Notverordnung löste Papen das preußische Kabinett des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun am 20. Juli 1932 ab und sich selbst als Reichskommissar ein. Dieser „Preußenschlag“ beseitigte die letzte solide Machtbastion der Republikaner im Reich. In den Tagen vor dem Preußenschlag soll sich der Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Karl Höltermann, für aktiven Widerstand ausgesprochen haben. Am 20. Juli allerdings schloss er sich der Meinung der im Sitz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in Berlin versammelten Spitzenfunktionäre von SPD und ADGB an,

---

<sup>74</sup> Diese Problematik ist noch kaum untersucht. Als erste Reflexion vgl. Peter Caldwell, *The Citizen and the Republic in Germany, 1918-1935*, in: Geoff Eley/Jan Palmowski (Hg.), *Citizenship and National Identity in Twentieth-Century Germany*, Stanford 2007, S. 40-57.

die, in realistischer Einschätzung der Kräfteverhältnisse, einen Aufruf zum Generalstreik für aussichtslos hielten. Stattdessen kamen sie überein, rechtliche Schritte einzuleiten sowie die Reichstagswahlen am 31. Juli zum Plebiszit gegen den Preußenschlag umzufunktionieren.<sup>75</sup>

Im Reichsbanner und der Eisernen Front zeigten sich nach dem 20. Juli 1932 gravierende Symptome der Entmutigung und Einschüchterung. In Wuppertal gab es eine Fülle von Beamten in Post, Bahn und städtischer Verwaltung, die nach dem Preußenschlag ihr SPD-Parteibuch zurückgaben. Auch in München gaben viele einfache Mitglieder von Reichsbanner und SPD ihre Mitgliedsbücher zurück.<sup>76</sup> Gewiss, in manchen Orten gab es an der Basis des Reichsbanners eine Bereitschaft zum aktiven Kampf gegen den Preußenschlag, eine Hoffnung, deren Enttäuschung weitere Entmutigung nach sich ziehen musste. Insgesamt setzte sich in den Reihen des republikanischen Verbandes aber im Verlauf des Jahres 1932 die Einsicht durch, dass das Reichsbanner mit seinen Mitteln zwar die Redner und Kandidaten demokratischer Parteien im Wahlkampf verteidigen konnte. Eine bewaffnete Verteidigung der Republik in bürgerkriegsartigen Kämpfen lag allerdings weit außerhalb seiner Möglich-

---

<sup>75</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 430-437; zum Kontext Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Bonn 1990, S. 654-680.

<sup>76</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 438f.; Mintert, *Sturmtrupp*, S. 100; Gerstenberg, *Freiheit!*, Bd. 1, S. 438.

keiten. In der Reichshauptstadt Berlin etwa hatte der Verband im Sommer 1932 angeblich nur noch etwas über 5.000 Mitglieder. Das waren nicht nur gravierend weniger als die 15.000 SA-Männer in der Stadt. Hinzu kam, dass nur etwa 600 Berliner Reichsbannerleute in den „wirklich kampfbereiten Schutzformationen organisiert waren“.<sup>77</sup>

#### **XIV. Volksfront als Alternative?**

Auch die Bildung einer Volksfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, wie sie sich in Frankreich seit 1934 im Kampf gegen rechtsextreme Ligen formierte und bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Mai 1936 einen deutlichen Sieg erzielte, schied als Alternative zum Legalitätskurs aus. Dafür gab es, soweit das Reichsbanner als Akteur in Betracht kam, im Wesentlichen zwei Gründe. Erstens war ein anti-kommunistischer Grundkonsens schon bei der Gründung des Verbandes fest verankert worden. Der Gründungsaufruf des Reichsbanners forderte ausdrücklich „jeden Kriegsteilnehmer“ zum Beitritt auf, der die Republik unterstütze. „Kommunisten und Monarchisten“, so hieß es jedoch ausdrücklich, „haben im Reichsbanner Schwarzrotgold keine Stätte.“<sup>78</sup> Ein-

---

<sup>77</sup> Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieu, S. 401.

<sup>78</sup> Kriegsteilnehmer, Republikaner!, in: Das Reichsbanner Nr. 1 vom 15.4.1924.

flussreiche Mitglieder in der Führung des Reichsbanners wie etwa der Major a.D. Karl Mayr unterstützten diese Agenda und ließen kaum eine Gelegenheit aus, das Reichsbanner in einem Gegensatz zur KPD zu positionieren.<sup>79</sup> Zweitens gab es 1932/33 auch an der Basis, bei den Reichsbannerleuten in den wichtigsten Industrieregionen des Reichs, keine Grundlage für eine gemeinsame Aktionseinheit mit Kommunisten gegen die Zerstörung der Republik. Gewiss, bei der Kampagne für die Fürstenent-eignung 1926 hatte es zumindest in Sachsen, wie oben erwähnt, gemeinsame Aktionen von Reichsbannergrup-pen und solchen des Rotfrontkämpferbundes gegeben. Seit der Weltwirtschaftskrise und der damit einhergehen-den Intensivierung der politischen Konflikte hatte sich das Klima in den Arbeiterquartieren jedoch grundlegend verändert. Kommunistische Spitzel infiltrierten die SPD und das Reichsbanner. Seit 1930 kam es wiederholt auch zu kommunistischen Gewalttaten gegen Reichsbanner-leute. Zudem wurden Reichsbannerleute Opfer von kommunistischen Denunziationen. Angesichts des tiefen Misstrauens zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, das solche Vorfälle nährte, war keine Basis für eine gemeinsame Aktionseinheit gegen die Zerstörung der Republik durch die Nationalsozialisten vorhanden.<sup>80</sup> In

---

<sup>79</sup> Zu Mayr vgl. Benjamin Ziemann, Wanderer zwischen den Wel-ten. Der Militärkritiker und Gegner des entschiedenen Pazifismus Major a.D. Karl Mayr (1883-1945), in: Wette/Donat (Hg.), Pazi-fistische Offiziere, S. 273-285.

<sup>80</sup> Joachim C. Häberlen, „Meint Ihr’s auch ehrlich?“ Vertrauen und Misstrauen in der linken Arbeiterbewegung in Leipzig und Lyon

gewisser Hinsicht behinderte die organisatorische Hochrüstung der beiden konkurrierenden Arbeiterparteien eine effektive Front gegen den Nationalsozialismus eher, als sie zu befördern. Gerade weil Reichsbanner, SPD und KPD so viele Arbeiter effektiv organisierten, gab es nur wenige Gelegenheiten, bei denen diese sich abseits politischer Kämpfe begegnen und Vertrauen schöpfen konnten.<sup>81</sup>

An einen bewaffneten Kampf gegen die Nationalsozialisten war unter diesen Umständen nicht zu denken. Auch nach dem 30. Januar 1933 hielt die Reichsbannerführung deshalb am Legalitätskurs fest und gab mit Blick auf die Reichstagswahlen am 5. März 1933 die Parole aus: „Bereit sein ist alles!“<sup>82</sup> Insgesamt lässt sich die Situation des Reichsbanners in den letzten beiden Jahren der Republik als ein „unauflösliche[s] Dilemma“ beschreiben. Für eine offensive, und nicht nur reaktive Auseinandersetzung mit der Gewalt von rechts hätte man ein auf Legalität setzendes Verständnis des politischen Kampfes aufgeben müssen. Die stattdessen gewählte engere Bindung an die SPD im Zeichen der Eisernen Front erlaubte „zwar das Festhalten an den demokratischen Grundsätzen der eigenen Organisation, bot aber

---

zu Beginn der 1930er Jahre, in: *Geschichte und Gesellschaft* 36 (2010), S. 377-410, bes. S. 386-398.

<sup>81</sup> So das interessante Argument von Häberlen, „Meint Ihr’s auch ehrlich?“, S. 406f.

<sup>82</sup> Rohe, Reichsbanner. S. 428-430, 458-460; vgl. Harsch, *German Social Democracy*, S. 175, 193-195, 203.

keine ausreichende Basis mehr, um der mit Terror und Gewalt vorgehenden Bürgerkriegsarmee SA erfolgreich entgegenzutreten.“<sup>83</sup> Der aus Sachsen stammende Berliner Gauführer Arthur Neidhardt brachte das mit dieser Entscheidung kommende Selbstverständnis des Verbandes im Oktober 1932 in den Worten zum Ausdruck: „im Gegensatz zum Stahlhelm, zur Hitlergarde und zum Roten Frontkämpferbund sei das Reichsbanner nicht eine Organisation schwankender (...) Menschen, die (...) in blindem Vertrauen eine legale oder illegale Änderung der Verhältnisse erwarteten“, sondern eine „Organisation von denkenden Männern“, die „nur auf dem Wege der sozialen Demokratie“ eine gesellschaftliche Verbesserung erreichen wollten.<sup>84</sup>

Viele führende Mitglieder des Reichsbanners mussten nach der Machtübergabe an Hitler unmittelbar um ihr Leben fürchten und sahen sich zur Flucht ins Exil gezwungen. Zu ihnen zählte etwa der Bundesvorsitzende Karl Höltermann, der im Mai 1933 zuerst in die Niederlande, später dann nach London ins Exil ging.<sup>85</sup> Andere bezahlten ihren öffentlichen Einsatz gegen Hitler gar mit dem Leben. Dazu zählt nicht zuletzt jener Mann, der den böhmischen Gefreiten 1919 im Rahmen des Reichswehr-Gruppenkommandos 4 überhaupt erst in die politische

---

<sup>83</sup> Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieu, S. 402.

<sup>84</sup> Zitiert ebd., S. 402.

<sup>85</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 469f.

Arbeit eingeführt und als Spitzel zu einer Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei (DAP) gesandt hatte. Karl Mayr, ehemaliger bayerischer Generalstabsoffizier, langjähriger Redakteur der Reichsbannerzeitung und einer der wichtigsten Redner und militärpolitischen Experten des Bundes, floh 1933 nach Paris. Dort wurde er 1940 verhaftet und im April 1943 in das Konzentrationslager Buchenwald überstellt, wo er am 9. Februar 1945 bei einem Luftangriff auf ein Außenlager starb.<sup>86</sup>

## **XV. Das Reichsbanner und unser Geschichtsbild der Weimarer Republik**

Zusammenfassend sei festgestellt, dass dem *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* eine zentrale Rolle in den Versuchen zukommt, zu einer historiografischen und methodischen Neubestimmung und Pluralisierung unseres Bildes von der Weimarer Republik zu gelangen. Die bemerkenswert hohe Zahl der Mitglieder des Reichsbanners und deren disziplinierter, entbehrungsreicher und in vielem opferbereiter Einsatz für die Sache der Republik widerlegen manche einseitige These vom Scheitern von Weimar. Dies gilt etwa für die eingangs zitierte Behauptung einer pauschalen Weigerung der Deutschen, den Kriegsausgang anzuerkennen – denn die Reichsbanner männer hatten den militärischen Zusammenbruch 1918

---

<sup>86</sup> Vgl. Ziemann, Wanderer.

und seine Ursachen selbst erfahren und erlebt und nahmen ihn zum Ausgangspunkt ihres demokratischen Engagements. Dies gilt auch für die abwegige Behauptung, es habe nach 1919 in keinem nennenswerten Umfang Republikaner gegeben. Schließlich macht die Geschichte des Reichsbanners deutlich, dass symbolische Konflikte eine zentrale Arena der Politik in Weimar waren, und dass die Unterstützer der Republik auf diesem Feld durchaus eine eigenständige und substanzielle Position vertraten.

Umso bedauerlicher ist es, dass das Reichsbanner in vielen Gesamtdarstellungen der Weimarer Republik nur sehr holzschnittartig erwähnt wird.<sup>87</sup> Auffallend ist dabei, dass gerade sozialdemokratische Historiker das Reichsbanner nur äußerst cursorisch behandeln und zuweilen problematische Wertungen vertreten.<sup>88</sup> Damit stellt sich

---

<sup>87</sup> Eine lobenswerte Ausnahme ist jetzt allerdings die vorzügliche Studie von Matthew Stibbe, *Germany 1914-1933. Politics, Society and Culture*, Harlow 2010, u.a. S. 87-89, 171-173, 204-206.

<sup>88</sup> Vgl. z.B. Hans Mommsen, *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, 1918-1933*, Berlin 1998, S. 289 mit der weit überzogenen These, das Reichsbanner habe sich seit 1930 mit der „Pflege des Führergedankens“ den „politischen Stilmitteln der nationalistischen Rechten“ angenähert. Vgl. ähnlich ders., *Militär und zivile Militarisierung in Deutschland 1914 bis 1938*, in: Ute Frevert (Hg.), *Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1997, 265-276, hier S. 270. Angesichts des Fehlens eines Sachregisters (!) ohne Anspruch auf Vollständigkeit habe ich bei Heinrich August Winkler, *Weimar, 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993, nur

zugleich die Frage, warum das Reichsbanner „so wenig Eingang gefunden [hat] in die demokratische Traditionsbildung der Bundesrepublik Deutschland“.<sup>89</sup> Diese Frage kann hier nicht beantwortet werden, ist mit Blick auf die Prägung eines demokratischen Geschichtsbewusstseins aber sehr relevant.

Dabei trägt eine genaue Kenntnis des Reichsbanners auch dadurch zu einem tieferen Verständnis des Weimarer Experiments bei, dass sie Ambivalenzen in der praktischen und performativen Ausgestaltung republikanischer Ideen freilegt: es handelt sich *erstens* um die Spannung zwischen einer verbalen, vordergründigen Orientierung an der Zukunft und der tiefen Verwurzelung in einer lebensgeschichtlich geteilten Vergangenheit, die auf die Erfahrung und symbolische Bedeutung des Ersten Weltkrieges zurückweist; *zweitens* lässt sich ein Widerspruch beobachten zwischen den gerade in Geschlechterfragen inklusiven und progressiven politischen Idealen der Sozialdemokratie und der ganz bewussten Exklusion von Frauen aus dem pro-republikanischen Kampf des Reichsbanners; *drittens* gab es eine Spannung zwischen dem antimilitaristischen Selbstverständnis des republikanischen Verbandes und der Benutzung militärisch konnotierter Formprinzipien, auch wenn deren praktische Bedeutung nicht überschätzt werden sollte. All diese Ambi-

---

fünf Sätze identifiziert, in denen das Reichsbanner beiläufig erwähnt wird. Vgl. ebd., S. 298, 311, 455, 498, 527.

<sup>89</sup> Weber, Das Reichsbanner im Norden, S. 127.

valenzen betreffen die Innenseite des pro-republikanischen Diskurses, also die Frage, mit welchen Mitteln die Legitimität der Republik plausibel zu machen sei.

Darüber hinaus gab es schließlich noch einen generellen Widerspruch zwischen der organisatorischen Struktur des Reichsbanners und seiner Funktionszuweisung in den Selbstbeschreibungen des Verbandes. Aufgrund seiner rasch erreichten organisatorischen Stärke wurde das Reichsbanner mit einem D-Zug verglichen, der die Feinde der Republik einfach hinwegfegen konnte, wenn sie nicht aus der Bahn treten würden. In ihren Reden benutzten die Funktionäre des Verbandes jedoch häufig defensive Metaphern wie „Damm“ oder „Burg“, um dessen Funktion zu beschreiben. Gerade die zweite Metapher zeigt die problematische Perzeption an, die damit von Beginn an in das Selbstverständnis des Reichsbanners semantisch eingeschrieben war. Denn die Republik von Weimar scheiterte nicht an einem Angriff von außen. Ihre Feinde standen vielmehr mitten im Burghof, und untergruben dessen Ordnung von innen. Statische Metaphern wie „Damm“ oder „Burg“ unterschätzten die Flexibilität der Gegner von Weimar und schwächten damit das Reichsbanner. All diese Ambivalenzen verbieten es, die Geschichte des Reichsbanners als eine unzweideutige Erfolgsgeschichte republikanischen Engagements in der Weimarer Republik zu schreiben.

## Zum Autor

Benjamin Ziemann



Geb. 1964, Professor of Modern History, University of Sheffield. Hauptarbeitsgebiete: Sozialgeschichte der Religion, Kriegs- und Militärgeschichte des 20. Jahrhunderts, insbes. Geschichte des Ersten Weltkrieges, Historische Friedensforschung, Theorie der Sozial- und Kulturhistorie. Neueste Buchveröffentlichungen: Sozialgeschichte der Religion. Von der Reformation bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. New York 2009; (zusammen mit Miriam Dobson, Hrsg.), Reading Primary Sources. The Interpretation of Texts from Nineteenth- and Twentieth-Century History, London 2008; (zusammen mit Bernd Ulrich, Hrsg.), Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein Historisches Lesebuch, Essen 2008; (Hrsg.), Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA during the Cold War, Essen 2007; Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945–1975, Göttingen 2007; (zusammen mit Thomas Mergel, Hrsg.), European Political History 1870–1913, Aldershot 2007.

## Gesprächskreis Geschichte

Im Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung werden historische Themen von aktueller politischer Bedeutung diskutiert. Die Publikationen der Reihe gehen in der Regel auf Veranstaltungen zurück, die in Bonn oder Berlin stattgefunden haben und sich an eine breitere historisch interessierte Öffentlichkeit richten.

Die Schriftenreihe erscheint seit 1992 und ist in der Digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung im Volltext frei zugänglich:

<[http://www.fes.de/archiv/adsd\\_neu/inhalt/gespraechskreis.htm](http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/gespraechskreis.htm)>

Zuletzt sind erschienen:

Max Bloch

**Wir müssen aus dem Turm heraus! Der Weg der SPD zur Volkspartei 1907–1959.** Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. - 36 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 89)  
ISBN 978-3-86872-539-1

Dieter Wunder/Ute Erdsiek-Rave

**Bildung – ein sozialdemokratisches Zukunftsthema.**  
Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 32 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 88)  
ISBN 978-3-86872-412-7

Masaaki Yasuno

Die Entwicklung des Godesberger Programms und die Rolle Erich Ollenhauers. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 60 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 87)

ISBN 978-3-86872-349-6

Michael Schneider

Politischer Widerstand? Dissens im Alltag des „Dritten Reichs“. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 43 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 86)

ISBN 978-3-86872-319-9

Helga Roepert

„Anfang 1935 flog die Gruppe meines Vaters auf ...“: Erinnerungen einer Sozialdemokratin an eine glückliche Kindheit in schrecklichen Zeiten. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 88 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 85)

ISBN 978-3-86872-262-8

Richard J. Evans

„Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“. Zur Diskussion um Anpassung und Widerstand in der deutschen Arbeiterschaft 1933-1945. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 32 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 84)

ISBN 978-3-86872-348-9